

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando:
Bierehrl. 3.00 RM. monatl. 1.10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeliebte Anzeigelle
oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Wittwoch, den 23. Juni 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Lemberg genommen!

Wien, 22. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart, 22. Juni 1915, nachmittags:

Unsere zweite Armee hat heute nach hartem Kampfe Lemberg erobert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Amtlich. Berlin, 22. Juni. (W. Z. B.) Lemberg ist heute nachmittag nach schwerem Kampfe von österreichisch-ungarischen Truppen genommen.
Das österreichische 34. Infanterieregiment, dessen Chef Seine Majestät der deutsche Kaiser ist, hat sich bei der Erstürmung des Werkes Lysa Gora ausgezeichnet.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Juni 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem westlichen Kanalufer nordwestlich von Dixmuiden wurden feindliche Angriffe gegen drei von uns besetzte Gehöfte abgewiesen.
Nördlich von Arras fanden auch gestern im wesentlichen Artilleriekämpfe statt.
Ein französischer Infanterieangriff am Labyrinth südlich von Neuville wurde um Mitternacht zurückgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe nördlich und westlich von Lemberg werden fortgesetzt.
Westlich von Zolkiew wurden die Russen heute nacht zum Rückzug aus ihrer Stellung gezwungen.
Die deutschen Truppen und das in ihrer Mitte kämpfende österreichisch-ungarische Armeekorps haben seit 12. Juni, dem Beginn ihrer letzten Offensive, aus der Gegend von Przemyśl und Jaroslaw 237 Offiziere, 58800 Mann zu Gefangenen gemacht, 9 Geschütze und 136 Maschinengewehre erbeutet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 22. Juni 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe um Lemberg dauern fort. Die russische Verteidigungsstellung südlich der Stadt wurde gestern im Raume westlich Dornfeld von unseren Truppen durchbrochen, die Uebergänge über den Syczerckbach an mehreren Stellen in die Hand genommen.

Südlich des Dnjestr ist die allgemeine Situation unverändert.

Auch gestern wiesen die Truppen der Armee Pflanzler, wo sie angegriffen wurden, die Russen unter großen Verlusten zurück.

Am Tanew und in Polen hat sich an der Situation nichts geändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Plava wurden wieder einige feindliche Angriffe abgewiesen. Ein italienischer Flieger warf auf Görz erfolglos Bomben ab.

An allen Fronten verschiebt der Feind viel Geschützmunition, verhält sich aber sonst passiv.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Rußlands innere Krise.

Es ist zurzeit nicht leicht, sich auch nur ein annähernd richtiges Bild von der Lage in Rußland zu machen. Die rigoros durchgeführte Pressezensur läßt nur wenig von den Vorgängen und Stimmungen im Reiche an die Öffentlichkeit gelangen, eine scharfe Briefzensur unterdrückt den privaten Nachrichtendienst fast völlig und der wenn auch in letzter Zeit ziemlich durchlöcherter „Burgfrieden“ zwischen den Parteien verleiht der Presse eine sonst nie dagewesene Uniformiertheit der Meinungen.

Nachstehend versuchen wir, an der Hand der russischen Presse und privater Mitteilungen aus den Kreisen Petersburger und Moskauer Genossen, eine Schilderung der wichtigsten Vorgänge im Zarenreiche zu entwerfen, das allem Anscheine nach in eine Periode einschneidender innerer Wandlungen eintritt.

Höchst bezeichnend für die Stimmungen im „pseudokonstitutionellen“ Rußland ist die immer lauter erklingende Forderung nach Einberufung der Volksvertretung. Hierbei wird nicht an eine kurze Tagung wie im August und im Februar gedacht, wo die Duma sich im wesentlichen auf Kreditbewilligung und dekorative Einrahmung der Ministerreden beschränkte, sondern an eine möglichst permanente Ausübung der Volksvertretung. Nun ist zwar die Duma von Staatsstreich Gnaden kein Volksparlament; nur ein Häuflein Sozialdemokraten und radikaler Bauernabgeordneter vertreten in ihr die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Aber als Instrument des Massenwillens des Junkertums und der Bourgeoisie kommt sie mehr und mehr in Betracht und gewinnt in der jetzigen kritischen Situation eine erhöhte Bedeutung als Schauplatz der politischen Wirksamkeit der hinter dem Kriege stehenden Gesellschaftsklassen.

In derselben Richtung bewegen sich auch die Forderungen nach Bildung eines Koalitionsministeriums unter Veranziehung von Vertretern der bürgerlichen Parteien. Zweifelloß spielen hierbei auch politische Berechnungen eine Rolle, vorherrschend ist aber das Bestreben der großen bürgerlichen Parteien, durch Unterstützung der Regierung und der Bureaucratie die Schlagkraft der Armee zu stärken und dem Widerstand gegen das Andringen der feindlichen Armeen einen mehr vollstimmlichen Charakter zu verleihen.

Wie sehr diese Bestrebungen in der letzten Zeit an Umfang gewonnen haben, geht daraus hervor, daß der vom 8.

bis 10. d. Mis. in Petersburg tagende Kongress der Industriellen zum Schauplatz spontaner politischer Kundgebungen wurde. Der Kongress sollte eigentlich in erster Linie über Maßnahmen zur Beilegung der Missstände in der russischen Industrie und im Handel beraten. Es wurde auch beschlossen, eine Institution nach dem Muster des „Kriegsaussschusses der deutschen Industrie“ zu schaffen und die Industrie mehr wie bisher in den Dienst des Krieges zu stellen. Aber darüber hinaus ließ der Kongress, der als berufener Vertreter der russischen Bourgeoisie betrachtet werden kann, die Forderung erschallen, daß die Duma einberufen und die „besten Männer des Landes“ zur Regierung herangezogen würden. So verwies der Großindustrielle N. J. B. Schinshin unter dem stürmischen Beifall der Versammlung auf das Beispiel Frankreichs und Englands, wo das Volk zu den in das Koalitionsministerium berufenen Vertretern aller Parteien das Vertrauen hege, daß sie das Land aus seiner schweren Lage retten würden. Der Vizepräsident des Moskauer Fabrikantenverbandes P. I. W. W. erklärte es gleichfalls als erwünscht, daß die Regierung sich bei dem Werk der Landesverteidigung wie in England und Frankreich auf die Gesellschaft stütze. Selbst der frühere Handelsminister M. F. D. J. J. verlangte, daß die „Auserwählten des Volkes“, Abgeordnete und Reichsratsmitglieder, zur Regierungsarbeit herangezogen würden. Noch bemerkenswerter ist, daß sich viele rechtsstehende Blätter und Vertreter der konservativen Parteien gegenüber diesen Forderungen recht wohlwollend verhalten. Der Bürokratie und ihren adligen Hintermännern scheint es demnach keineswegs unerwünscht zu sein, daß die einflussreichen Schichten der Großbourgeoisie ihr die Last der Organisationsarbeit und einen Teil der politischen Verantwortung abzunehmen gedenken.

In den sich mehr reserviert verhaltenden linksliberalen Kreisen mißt man an die oben erwähnten Forderungen noch den Wunsch nach Reformen. So gibt das liberale Hauptorgan „Nescha“ zustimmend die dem Ministerpräsidenten unterbreitete Denkschrift der Kaiserlich Technischen Gesellschaft, in der der Gedanke durchgeführt ist, daß die Erwartungen einer größeren Leistungsfähigkeit und Kriegstüchtigkeit der russischen Industrie sich nur dann rechtfertigen würden, wenn die seit jeher verlangte politische Freiheit und nationale Gleichberechtigung nebst allen Voraussetzungen eines Rechtsstaates eingeführt würden. Die auf dem Kongress der Industriellen versammelten Vertreter der zahlungsfähigen Bourgeoisie dürften dieses Programm kaum in allen Punkten teilen. Es ist aber immerhin ein Symptom der Zeit, daß derartige Forderungen unter der Herrschaft des „Burgfriedens“ überhaupt erhoben und öffentlich vertreten werden können.

Auf dem Hintergrunde dieser Strömungen und Stimmungen gewinnt der Rücktritt des Ministers des Innern M. A. K. eine erhöhte Bedeutung. Im Grunde mit dem Landwirtschaftsminister K. I. W. S. und dem Justizminister S. I. G. L. war M. A. K. der Vertreter jener ultra-reaktionären Richtung in der Regierung, die die Aufrechterhaltung des bisherigen Regierungskurses mit seiner Unterdrückung der nicht-russischen Nationalitäten und der Verfolgung aller nichtreaktionären Parteien als Existenzfrage für die Regierung betrachtete. Noch jüngst arbeitete er, wie einem unserer russischen Parteifreunde in Schweden aus Petersburg berichtet wurde, den Plan aus, der beginnenden Gärung in der Bevölkerung dadurch zu begegnen, daß einerseits Judenpogrome inszeniert und andererseits an die Kriegsteilnehmer Land zugeteilt werden sollte. Ob dieser Plan, mit dessen Propagierung bereits begonnen wurde, nach dem Rücktritt M. A. K. preisgegeben wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls aber verliert die extrem-reaktionäre Richtung in ihm ihren energiegelichsten Vertreter, was in Verbindung mit den politischen Ansprüchen der bürgerlichen Parteien die Vermutung nahelegt, daß die Regierung sich zunächst in ihrer Unterdrückungspolitik eine gewisse Reserve aufzuheben gedenkt.

Diese Reserve scheint auch deshalb geboten zu sein, weil sich in den Massen bedrohliche Gärungsanzeichen bemerkbar machen. Was es den Agenten der Regierung in Moskau noch gelungen sein, den Ausbruch spontaner Unzufriedenheit in das Bett antideutscher Ausschreitungen zu lenken, so weist doch die in der Umgebung der Moskauer Stadtverordnetenversammlung indirekt bestätigte Nachricht von einem Ausstand zahlreicher Moskauer Fabriken darauf hin, daß die Arbeiter sich zu reaktionären Zwecken nicht mißbrauchen lassen wollen. Schon im April schrieb ein Genosse aus Moskau, daß unter dem Einfluß der ungeheuren Opfer des Krieges und der täglich zunehmenden Not sich eine starke Kriegsmüdigkeit in den Massen bemerkbar mache. In derselben Richtung wirkte die Propaganda der russischen Kriegsziele im nahen Osten, die fortwährende Hervorhebung der „historischen Mission“ Rußlands auf dem Balkan, die Forderung der Festsetzung in Konstantinopel usw. Die breiten Massen, die den Krieg als bittere Notwendigkeit hinnahmen, so lange es hieß, man müsse das Vaterland verteidigen, kamen bald zur Ernüchterung, als Eroberungs- und Annexionsziele vor ihnen entwickelt wurden.

Wir haben in den obenstehenden Ausführungen die wichtigsten Momente der „russischen Krise“ zu kennzeichnen gesucht. Trotz der Unklarheit und Unzulänglichkeit des Materials und die Schwierigkeit, der russischen Verhältnisse vom Auslande her zu beurteilen, scheinen uns nachstehende Schlussfolgerungen geboten:

1. Die russischen bürgerlichen Parteien zeigen keine Kriegsmüdigkeit, sondern stützen einerseits aus Selbsterhaltungstrieb, andererseits aus politischer Berechnung die Kriegspolitik der Regierung.
2. Die russische Regierung scheint unter dem Druck der Verhältnisse nicht abgeneigt zu sein, den bürgerlichen Parteien etliche Konzessionen zu machen.
3. In den Massen, namentlich in den Arbeitermassen, wächst eine Stimmung, die einen günstigen Boden bietet für eine Friedensaktion der russischen Sozialdemokratie.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Schlachtbericht.

Petersburg, 22. Juni. (B. Z. V.) Der Generalstab des Generalissimus meldet: In der Gegend von Szawle keine wichtige Veränderung. Am 19. und 20. Juni fanden sehr hartnäckige Gefechte am Ringowasfluß statt, wo wir etwas vorrückten. In der Rarewfront versuchten wenig erhebliche deutsche Kräfte unter dem Schutze eines heftigen Artilleriefeuers erfolglos eine Offensive zwischen den Flüssen

Dmbulew und Drzhe. Am linken Weichselufer ging der Feind am 20. Juni bei Tagesanbruch in vereinzelt Kolonnen an der Front südlich der Pelica zum Angriff über. Er wurde nach kurzem Kampf zurückgeworfen und verlor dabei einige hundert Gefangene. In der Rarew-Front Artilleriefeuer mit Unterbrechungen. Die Offensive des Feindes dauert in der Gegend von Kawa Kuska fort. In der Nacht zum 20. Juni zogen sich unsere Truppen von den Grodeker Seen auf die Lemberger Stellungen zurück. Am Dnjepr unternahm der Feind zwischen Mikolajow und Zhdaczow erfolglose Angriffe, in deren Verlaufe er aus den Dörfern Demenka und Lesna genommen wurde und bedeutende Verluste erlitt. An der übrigen Front zwischen Galicz und der Bufowina gelang es dem Feinde nirgends, Fortschritte zu machen, trotz der in einigen Abschnitten andauernden hartnäckigen Kämpfe.

Französische Stimmen über die russische Niederlage in Galizien.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Die ganze Presse vermeidet es, auf die Folgen des russischen Rückzuges einzugehen, und beginnt wieder, das Schlagwort vom Abnützungskriege aufzubringen. Die Presse erklärt, die russische Heeresleitung beabsichtige, die Oesterreicher und die Deutschen an eine von ihr bestimmte Stelle zu locken, um sie dort desto besser zu schlagen. Wo sich die Schlachtfrent befindet, ob mehr im Westen, ob mehr im Osten, habe mit der günstigen Kriegslage der Alliierten nichts zu schaffen. — Unter ähnlichen Erwägungen warnt auch der „Temps“ die Neutralen davor, sich in ihrer Haltung und in ihren Entscheidungen von angeblichen deutschen Siegen beeinflussen zu lassen. Der russische Rückzug sei keine Niederlage. Man solle doch nicht vergessen, daß die Nacht Kapoleons in Moskau gedrohen worden sei.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Abschnitt nördlich Arras erreichten wir neue Fortschritte gegen Souchez, indem wir mehrere Schützengräben einnahmen und uns im Nordwesten dem Dorfe näherten. Der Artilleriekampf dauerte die ganze Nacht an. Bei Dompierre westlich Peronne wurde ein feindlicher Angriff, dem die Sprengung dreier Minenberde vorausgegangen war, sofort durch Artillerie- und Infanteriefeuer angehalten. Auf den Maashöhen, im Abschnitt des Grabens von Calonne, behaupteten wir trotz eines äußerst heftigen Gegenangriffs, der morgens 4 Uhr erfolgte, alle unsere gestrigen Gewinne. In Lothringen bei Neillon machten wir weitere Fortschritte. Die ganze erste feindliche Linie wurde auf einer Front von 1500 Metern von uns eingenommen. Gegen Ende des Tages versuchte eine starke feindliche Kolonne einen Gegenangriff zu unternehmen, wurde aber zerstört. Unsere Patrouillen gelangten, da der Feind den Kampfplatz verlassen hatte, bis in die Nähe von Chazelles, Contregon, Lesomabois. Alle eroberten deutschen Verbindungsgräben waren voller Leichen. Wir machten etwa 20 Gefangene. Im Gebiete von Vonhomme rückten wir auf der benachbarten Höhe vor und erreichten den Rand des Dorfes Vonhomme. Auch im Fochthal geht es noch immer vorwärts. Wir drangen über den Friedhof von Meheral hinaus vor, wo der Nahkampf andauert. Im Südwesten gewannen wir gleichfalls Gelände. Wir machten 150 Gefangene, darunter 4 Offiziere und 11 Unteroffiziere.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Abschnitt nördlich Arras ist die Lage unverändert. Wir behaupteten das ganze eroberte Gelände. Heute fanden nur ganz lokale Infanteriekämpfe statt, welche die Fronten nicht veränderten. Der Artilleriekampf dauert wirksam an. Unsere Fluggeschwader beschossen feindliche Flugparcs, scherten vier Schuppen ein und trafen zwei Flugzeuge und einen Fesselballon. Am Westrande der Argonnen unternahm die Deutschen am Sonntagabend an der Straße Vienne-le-Chateau-Sinarville einen heftigen Angriff, welcher durch starke Beschichtung mit ersickenden Geschossen vorbereitet war. Unsere vorgeschobene Linie gab an gewissen Stellen nach, da zwei Kompagnien an Ort und Stelle in den zerstörten Schützengräben verschüttet waren. Ein sofortiger Gegenangriff gestattete uns, nahezu die Gesamtheit unserer ursprünglichen Stellungen wieder zu erobern. Dieser ganz lokale Kampf war äußerst lebhaft. Auf den Maashöhen im Abschnitt des Grabens von Calonne waren wir feindliche Gegenangriffe zurück und verbreiterten sodann unsere gestrigen Gewinne. Ein erster Angriff machte nur geringe Fortschritte. Dagegen gestattete uns ein zweiter, neun Schützengräben östlich der Linien einzunehmen, welche wir Sonntag besetzt hatten. Dieser Gewinn wurde wie die vorherigen behauptet. In Lothringen erreichten unsere Patrouillen, welche die Fühlung mit dem Feinde bewahren, die Schanzwerke westlich von Gondregon und fanden sie unbesetzt. Die Deutschen blieben bei ihrer Rückwärtsbewegung auf der Linie der Schützengräben südlich Leinkrey stehen. Im Elsaß dauerte unser Fortschritt bei ununterbrochenen Kämpfen an. Nachdem wir den Friedhof von Meheral erobert hatten, bemächtigten wir uns des Bahnhofs und unternahm sodann einen Sturm auf das Dorf, welches nach sehr heißem Kampf eingenommen wurde. Wir erreichten die Südausgänge des Dorfes und schoben unsere Linie bis 500 Meter östlich des Dorfes in Richtung Meherhof vor. Wir machten in diesen Kämpfen neue Gefangene, über 200 seit gestern. Nördlich der Foch unternahm der Feind einen Angriff gegen unsere Reichsartilleriestellungen; er wurde völlig zurückgeworfen.

Die Größe der französischen Verluste.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Aus einer Zuschrift an die „Guerre Sociale“ geht hervor, daß von der freiwilligen Elawenlegion, die bei den Kämpfen nördlich von Arras eingesetzt worden war, von 4000 Mann nur 900 aus den Kämpfen

zurückgekommen sind. Die Elawenlegion war der marokkanischen Division von 28000 Mann zugeteilt worden. Die Verluste der ganzen Division seien erschreckend gewesen. Alle höheren Offiziere seien gefallen. Auch an der Loretohöhe seien die französischen Verluste erschreckend. Die ganze Höhe sei ein ungeheurer Friedhof.

Zwei französische Generale gefallen.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) „Petit Parisien“ meldet: Die beiden Divisionsgenerale Barbot und Siron sind bei den Kämpfen im Gebiet von Arras und bei der Farm von Luemevières gefallen.

Die englischen Verluste.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Die gestrige Verlustliste zählt 108 Offiziere und 4289 Mann auf.

Hervé über den Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Gustave Hervé protestiert in der „Guerre Sociale“ gegen den Fliegerangriff auf Karlsruhe. Er erklärt, der Angriff auf die, wie er selbst zugesteh, offene Stadt, der eine so große Zahl unschuldiger Opfer gefordert habe, sei peinlich. Die französische Heeresleitung sei zwar berechtigt gewesen, nach den deutschen Fliegerangriffen auf die offene Stadt Paris eine solche Vergeltung zu üben, aber man hätte besser getan, statt Karlsruhe Essen, die große Munitionsstadt Deutschlands, zu beschließen. Das hätte auch einen militärischen Zweck gehabt.

Zur Organisierung der französisch-englischen Munitionsfabrikation.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Kriegsminister Millerand hat eine Inspektionsreise zu den Werkstätten und Fabriken unternommen, die für die Landesverteidigung arbeiten. Er stellte fest, daß dank fortgesetzter Bemühungen die ursprünglich festgesetzte Arbeitsleistung überall fast erreicht und in vielen Betrieben sogar überschritten werden wird.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Der Unterstaatssekretär des Krieges Albert Thomas ist in Boulogne mit dem englischen Munitionsminister Lloyd George zusammengetroffen. Beide hatten lange Besprechungen, vornehmlich über die Verstärkung der Artillerie der Verbündeten und über die Hilfe, welche die beiden Länder einander zu leisten vermögen, um ihre Munitionserzeugung noch zu erhöhen. Es wurden bereits regelmäßige Verbindungen eingerichtet. Es wird eine enge Zusammenarbeit der Nationalindustrien beider Länder angestrebt werden.

Der italienische Krieg.

Bericht der italienischen Heeresleitung.

Rom, 22. Juni. (B. Z. V.) Bericht der obersten Heeresleitung: Von der Tiroler und Trentiner Grenze nichts Wichtiges zu melden, außer kleinen Aufklärungskämpfen im Tale von San Bellegriano, wo wir Punta Tosa besetzten, und im oberen Teile des Corderoletales. Wir stellten an gewissen Stellen das Vorhandensein starker gepanzerter, zuweilen in Beton ausgeführter feindlicher Verschanzungslinien fest. In Karnthen setzen wir trotz des bewölkten Wetters unser Feuer gegen Malborgeth fort. In der Nacht vom 20. zum 21. Juni wiederholten sich die gewohnten vergeblichen österreichischen Angriffe gegen den Freikofel. Im östlichen Abschnitt des Arn wurden die am 19. Juni begonnenen Operationen am 20. Juni glücklich zu Ende geführt, trotz der Schwierigkeiten des Geländes, welche durch das schlechte Wetter erhöht werden, und trotz des Widerstandes des Feindes, welcher durch das Feuer seiner schweren Artillerie unterstützt ist. Längs der Sonafront stellten wir in feindlichen Schanzarbeiten häufige Nachalarme fest, die durch langanhaltende Feuerstöße der Infanterie und der Artillerie verursacht waren und die unsere Truppen zu beantworteten veranlaßten. Durch erbitterte wiederholte Nachangriffe gegen die von uns auf dem linken Monzoufer bei Blava eroberten Stellungen versuchte der Feind, uns auf das rechte Ufer zurückzuwerfen, jedoch brechen sich seine Bemühungen am zähen Widerstand unserer Truppen. Gezeichnet: Cadorna.

Italienische Offiziersverluste.

Sasel, 21. Juni. (B. Z. V.) Die „Nationalzeitung“ meldet aus Mailand vom 12. Juni: In den Kämpfen am Arn wurde der Oberst eines Bergartillerie-Regiments sehr schwer verwundet, 1 Oberleutnant und 2 Majore wurden getötet, außerdem fielen 11 andere Offiziere, 16 sind verwundet.

Der türkische Krieg.

Im Kaukasus keine Veränderung.

Petersburg, 22. Juni. (B. Z. V.) Der Bericht des Generalstabs der kaukasus-Armee vom 19. Juni meldet: Unbedeutendes Gewehrfeuer fand in der Gegend am Teo statt. Auf der übrigen Front keine Veränderung.

Der Seekrieg.

Kammversuch gegen ein U-Boot.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Die Blätter berichten, daß der Dampfer „Cameronia“ der Andorlinie, der am Sonntag aus New York in Liverpool ankam, auf der Reise von einem Unterseeboot angegriffen wurde, dem man, obwohl der Dampfer mit voller Geschwindigkeit fuhr, unmöglich ausweichen konnte. Die „Cameronia“ versuchte das Unterseeboot zu rammen; das Boot tauchte unter und wurde nicht mehr gesehen. Viele angegebene Amerikaner, die sich an Bord der „Cameronia“ befanden, berichteten darüber an den amerikanischen Votschafter.

Die Verluste der britischen Handelsmarine.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Die Admiralität hat ein Communiqué ausgegeben, wonach seit dem Beginn des Krieges die Verluste der britischen Handelsmarine 145 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 524080 und 118 Fischerfahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 19924 betragen. 86 Handelsschiffe wurden von Unterseebooten versenkt, 56 von Kreuzern versenkt oder erbeutet, 15 durch Minen zerstört, 24 Fischerboote wurden durch Minen und 94 durch Kriegsschiffe zerstört.

Der Krieg und die Kolonien.

Gefechte in Deutsch-Südwestafrika.

London, 22. Juni. (B. L. V.) Das Reutersche Bureau berichtet aus Pretoria: Am rechten Flügel von General Bothas vordringender Armee kamen Kundschafter Manie Bothas am 8. d. M. bei Otjifangona, 15 Meilen nördlich von Wilhelmstal, in Fühlung mit dem Feind. Die Kundschafter verloren einen Toten und fünf Verwundete. Die dritte berittene Brigade lieferte in den Bergen von Otjifangona, 15 Meilen östlich von Otjifangona, ein Scharmützel gegen feindliche Patrouillen. Die Unionstruppen hatten einen Toten und vier Verwundete; zwei verwundete Feinde wurden gefangen genommen. Wie groß die feindlichen Verluste sonst sind, ist unbekannt. Die Unionstruppen gehen den Vormarsch fort.

Befegung Omarurus.

Pretoria, 22. Juni. (B. L. V.) Amtlich wird gemeldet: General Botha besetzte Omaruru an der Bahnlinie Swakopmund—Grootfontein. Er fand nur wenig Widerstand. Einige Deutsche wurden gefangen.

Die Verluste der südwestafrikanischen Kämpfe.

Pretoria, 19. Juni. (B. L. V.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Gesamtverluste der Unionstruppen betragen bis zum 14. Juni bei den Operationen gegen die Aufständischen 414, und gegen Deutsch-Südwestafrika 1045 Mann. Ferner starben 153 Mann an Krankheiten und Unfällen. Die Aufständischen haben vermutlich 190 Tote und 300 bis 350 Verwundete verloren. Die in der Union internierten Deutschen beziffern sich auf 89 Offiziere und 889 Mann.

Ein Umschwung?

Reichstagsabgeordneter Genosse Koch schreibt uns:

Die Erklärung des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten, Genossen Sembat, über Rüstungseinschränkungen als Friedensbedingung („Vorwärts“ vom 15. d. M.) gewinnt eine besondere Bedeutung durch Mitteilungen, die in der letzten Zeit über die Stimmung in Frankreich und England zu uns hinüber gedrungen sind. Danach soll dort in immer weiteren Kreisen ein auffallender Umschwung in der Auffassung über das Kriegsziel eingetreten sein — selbst in solchen Kreisen, die anfangs alle nur denkbaren Eroberungen als das selbstverständliche Ergebnis des Krieges hingestellt haben.

Allerdings sind sie auch heute noch davon überzeugt, daß es ihnen schließlich doch gelingen muß und wird, ihr Land und ihre Unabhängigkeit mit Erfolg zu verteidigen. Aber sie können sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß auch das deutsche Volk in der Verteidigung seines Landes und seiner Unabhängigkeit unüberwindlich sein wird. Daher wird jetzt in den maßgebenden Kreisen Frankreichs und Englands bereits immer wieder die Frage vertraulich besprochen: wozu noch die weiteren Opfer an Blut und Gut?

Debei bringt — namentlich in England — die Meinung immer mehr vor, daß die Unmöglichkeit, durch einen Weltkrieg die Welt von neuem zu verteilen, die Folge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist; der Kapitalismus hat in allen großkapitalistischen Staaten die Machtmittel aufs gewaltigste gesteigert und es den kriegsführenden Staaten ermöglicht, sich nicht nur vor dem Kriege gewaltig zu rüsten, sondern auch während des Krieges immer fürchtbarere Kampfmittel in fast unbegrenzter Menge herbeizuschaffen. Wissenschaft und Kunstfertigkeit haben es ihnen an die Hand gegeben, die Verteidigungswerke auch während des Krieges immer von neuem herzustellen und entsprechend den neuesten Erfahrungen zu verstärken. Dazu kommt, daß sich das arbeitende Volk im Laufe der Zeit immer größeren Einfluß auf das Staatsleben errungen, einen immer größeren Anteil an Bildung und Besitzung erworben hat. Es fühlt sich als einen maßgebenden Teil des ganzen Volkes und betrachtet es daher als selbstverständlich, sein Land und seine Unabhängigkeit mit allen Kräften zu verteidigen. So kommt zu den gewaltigen Verteidigungsmitteln des Großkapitalismus eine immer größere Widerstandskraft des aufstrebenden arbeitenden Volkes. Sie ermöglichen den großkapitalistischen Staaten eine Verteidigung, die für sie lange Zeit erfolgreich ist, für die antäurumden feindlichen Heere aber fürchterbare Verluste bringt. Und je weiter sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung vollzieht, um so mehr kommt sie dieser Verteidigung der großkapitalistischen Staaten gegen den Ansturm feindlicher Heere zugute, desto unwahrscheinlicher wird es, daß ein Weltkrieg die gewünschte Entscheidung bringt, desto deutlicher zeigt es sich, daß der Weltkrieg in der Tat eine „falsche Rechnung“ ist, wie es den Engländern ihr Landsmann Norman Angell vorausgesagt hat.

Diese „falsche Rechnung“ ist auch für England und Frankreich ein sehr teurer Wahnsinn. Selbst im reichen England denken alle, die sich eine eigene Meinung darüber bilden können, mit Grauen an die Lasten, die der Krieg bringt. Das hängt bereits sehr deutlich aus den Verhandlungen im Unterhaus heraus; in vertraulichen Gesprächen hört man es noch ganz anders. Wie sollte es erst werden, wenn nach dem Kriege von neuem mit dem Wettrüsten begonnen und auch dieses Spiel in immer stärkerem Maße fortgesetzt würde?

Der einzige Trost ist, daß sich die Staaten zueinander auf andere Weise zurechtfinden müssen, sobald sich der Weltkrieg als zwecklos herausgestellt hat. Demgemäß hört man in Frankreich und England immer häufiger den Schluß: der einzige Weg aus dem gegenwärtigen Zustande und aus den drohenden Schwierigkeiten nach dem Frieden führe zu Verständigungen darüber, wie fernerhin im Auslande der friedliche Wettbewerb der großkapitalistischen Staaten vor allen unheilvollen Störungen geschützt und die Streitfragen zwischen den Staaten ohne einen Weltkrieg, vielmehr nach bestimmten, von allen Staaten gesicherten Grundsätzen entschieden werden können. Wenn diese Aufgabe gelöst ist, dann ist auch eine Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen möglich und wird sehr schnell erreicht werden, weil die Rüstungen nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher haben und die Kostenfrage alle Staaten in gleicher Weise drückt.

In diesem Zusammenhange der Dinge ist die Erklärung, die Genosse Sembat, wie er ausdrücklich hervorhob, als Staatsmann abgegeben hat, zu würdigen. Er soll offenbar ein Vorstoß sein, in die allgemeine Aufmerksamkeit

auf die Bedingungen zu lenken, die nach der Auffassung weiter Kreise in Frankreich und England die Grundlage für Friedensverhandlungen bilden könnten.

Der Papst über Krieg und Frieden.

Paris, 22. Juni. (B. L. V.) „Liberé“ veröffentlicht eine Unterredung des Papstes mit ihrem Mitarbeiter Latapie. Der Papst erinnerte zunächst an seine verschiedenen Interventionen zugunsten des Friedens und bedauerte, nichts tun zu können, um das Ende des Krieges zu beschleunigen. Er mißbilligte jede Ungerechtigkeit, wo immer sie begangen werde, aber es wäre weder angebracht noch nützlich, die Autorität des Papstes in den Streit der kriegsführenden Parteien zu ziehen. Der Papst könne im Vatikan keine ständigen Verhandlungen und Untersuchungen ausführen lassen. Auf die Frage Latapies, ob es notwendig sei, eine Untersuchung durchzuführen, um zu wissen, ob die Neutralität Belgiens verletzt wurde, erwiderte der Papst: Dies war unter dem Pontifikate Pius X. Der Papst fügte hinzu: Die Deutschen und Oesterreicher bestreiten alle gegen sie erhobenen Anschuldigungen und erheben ihrerseits Anklage. Der Bischof von Cremona versichert, daß die italienische Armee 18 österreichische Priester als Geiseln mitgenommen habe. Oesterreichische Bischöfe versichern, die russische Armee habe katholische Priester als Geiseln mitgenommen. Die Deutschen erklären, daß die Bevölkerung von Löwen auf ihre Truppen geschossen habe. Sie erklären auch, daß die Franzosen Beobachtungsposten auf den Türmen der Kathedrale von Reims gehabt hätten. Andererseits erklärten die Vertreter von sieben Kongregationen Belgiens dem Kardinalstaatssekretär, daß sie in ihrer Kongregation keinen einzigen Fall von Gewalttätigkeit zu verzeichnen hätten. Der Papst fuhr fort: Wir werden die Bibliothek in Löwen wiederherstellen und zum Wiederaufbau der Kathedrale beitragen. Jeder Schuß auf die Kathedrale von Reims hätte in meinem Herzen wieder, aber die Stunde ist noch nicht gekommen, um die Wahrheit aus allen widersprechenden Behauptungen herauszuschälen. Der Vatikan ist kein Gericht, wir fällen keine Urteile. Der Richter ist dort oben. Latapie sprach sodann von der Verhaftung des Kardinals Mercier und der Torpedierung der „Lusitania“. Der Papst entgegnete: Bezüglich des Kardinals Mercier werde ich Sie in Erstaunen versetzen. Mercier war niemals verhaftet. Er kam ganz nach seinem Belieben in seiner Diözese umhergehen. Ich habe von dem Generalgouverneur Belgiens Generaloberst v. Bissing einen Brief erhalten, in dem er versichert, er werde künftig mit der größten Energie alle Gewalttätigkeiten gegen Kirchen und Gottesdiener unterdrücken und verfolgen. Der Papst erklärte mit tiefer Bewegung, er kenne keine fürchterlichere Tat als die Versenkung der „Lusitania“. Aber, fuhr der Papst fort, glauben Sie, daß die Glotzende, welche Millionen unschuldiger Geschöpfe zum Hungertode verurteilt, etwa von menschlichen Gefühlen eingegeben ist? Der Papst fügte schließlich hinzu, er werde nach dem Kriege vielleicht einen Syllabus herausgeben, in dem die Dogmen der Kirche über die Kriegsgesetze zusammengestellt und die Rechte und Pflichten kriegsführender für die Zukunft geregelt würden. Man werde darin zweifellos die Beurteilung aller während des Krieges begangenen Verbrechen finden.

Im zweiten Teile seiner Unterredung mit dem Mitarbeiter der „Liberé“ fuhr der Papst aus, daß er alles unternommen habe, um Italien vom Einschießen zurückzuhalten. Er verheimlichte nicht, daß er hierbei auch an die Interessen des Heiligen Stuhles gedacht habe, die durch den Kriegszustand gefährdet seien. Die Lage des Vatikans sei unklar. Die italienische Regierung habe zwar guten Willen gezeigt; die Beziehungen des Vatikans zum Quirinal hätten sich gebessert, aber es sei noch nicht alles zu seiner vollen Befriedigung geregelt. Der Papst bedauerte, daß ein Teil seiner Garde eingezogen wurde, deren er zum Schutze seiner Person und der Kunstschätze im Vatikan bedürfe. Besonders schwer sei der Uebelstand, daß er nicht mehr unmittelbar mit allen Gläubigen korrespondieren könne. Die italienische Regierung habe zwar das Schiffegeheimnis für den Heiligen Stuhl angeboten, aber der Vatikan habe es nicht angenommen, weil es zu gefährlich gewesen wäre, da man ihn der Infiltration in militärischen Dingen hätte beschuldigen können. Leider werde auch die Zensurfreiheit, die ihm von der italienischen Regierung zugesichert war, nicht eingehalten. Seine Korrespondenz werde geöffnet, alle Verbindungen mit den Feinden Italiens seien auch für den Vatikan unterbrochen. Der Papst äußerte sodann Besorgnis wegen der Auswirkung des Krieges auf Italien. Er wisse nicht, wie sich das Volk bei einem Siege und bei einer Niederlage benehmen werde. Er fügte sich nicht geschickt. In besorgtem Tone schloß der Papst, indem er sagte, die Zukunft sei sehr dunkel, er werde freudig die erste Hand ergreifen, die sich ihm zum Zwecke der Friedensvermittlung biete.

Oesterreichische Anleihe in Deutschland.

Wien, 22. Juni. (B. L. V.) In der heutigen Sitzung der Staatsschuldenkontrollkommission teilte Finanzminister Engel mit, daß zwischen der österreichischen Finanzverwaltung und einem Bankensyndikat in Deutschland eine Anleihe von 305 Millionen Mark ähnlich den im November 1914 durchgeführten Finanzoperationen von 200 Millionen abgegeschlossen worden sei. Diese Anleihe verfolge insbesondere den Zweck, für Zahlungen ins Ausland ausländische Geldmittel zur Verfügung zu haben.

Deutsche Entschädigung für getötete Spanier.

Madrid, 22. Juni. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Der spanische Botschafter in Berlin hat der spanischen Regierung mitgeteilt, daß die kaiserlich deutsche Regierung den Tod von fünf spanischen Untertanen, die in Lüttich getötet wurden, bedauert und der spanischen Regierung 182 000 Mark als Entschädigung für die Familien der Opfer zur Verfügung stellt. Spanien hat das Angebot angenommen; der Zwischenfall ist beigelegt.

Verschiebung der englischen Parlamentswahlen.

London, 22. Juni. (L. U.) Wie die Agence Havas meldet, kündigte Asquith am Montag im Unterhause eine Vorlage an, nach der die Wahlen, die im Dezember stattfinden sollen, um ein Jahr verschoben werden sollen.

Schweden, England und Rußland.

Stockholm, 22. Juni. (B. L. V.) Dem Sessingforscher Waite „Dagens Nyheter“ vom 17. Juni zufolge erregt das Verbot der schwedischen Regierung, daß Waren durch Schweden befördert werden, deren Ausfuhr Schweden verboten hat, in Rußland großes Aufsehen. Das Petersburger Börsenkomitee wandte sich an den Handelsminister mit einer Eingabe. Maßregeln zu ergreifen, um die schwedische Regierung zur Aufhebung des Durch-

gangsverbotes zu veranlassen, weil durch dieses die Beförderung von über 50 Prozent der Waren von England nach Rußland verhindert und wahrscheinlich der ganze Verkehr über Schweden in beiden Richtungen zum Aufhören gebracht würde. Dazu sagt „Stockholms Tidningen“ vom 22. Juni, welches die Meldung wiedergibt: „Wir sind überzeugt, daß die schwedische Regierung das Verbot nicht aufheben oder mildern wird, wenn nicht schnell eine greifbare Veränderung in Englands unerhört rücksichtslosem Auftreten gegen Schweden und seine Handelsinteressen stattfindet. Werden die übermäßigen englischen Uebergriffe gegen das lokale Schweden fortgesetzt, so müssen alle englisch-russischen Verbindungen über Schweden entsprechend scharfer behandelt werden.“

Nachdem festgestellt ist, daß auch die nach Amerika ausgehende Post von den Engländern zensuriert wird, wird nun, wie „Svenska Dagbladet“ erfährt, von schwedischer Seite erwogen, ob man die Postsendungen auf die allerdings wenigen direkten skandinavischen Amerikalinien beschränken soll. Das Blatt vergleicht die vollkommene Nichtachtung der schwedischen Proteste seitens Englands mit der sofortigen Rückgabe der Post auf dem Dampfer „Thorsten“ durch die deutschen Behörden.

Wegen kriegsfeindlicher Äußerungen verhaftet.

Von der italienischen Grenze, 22. Juni. (L. U.) Vier Sozialisten, darunter ein Gemeinderat, sind in Parcella wegen kriegsfeindlicher Äußerungen verhaftet worden. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Verzögerung der Einberufung der neugewählten griechischen Kammer.

Athen, 22. Juni. (B. L. V.) Ministerpräsident Gunnaris erklärte einem Vertreter des Messager d'Athènes, der ihn aufgesucht hatte, daß das Wahlergebnis den Venizelisten die Mehrheit gebracht habe. Der Gesundheitszustand des Königs gestatte aber unglücklicherweise keine andere Entscheidung, als die des Abwartens. Die Ärzte seien der Meinung, daß es dem König ohne Gefährdung seines Lebens nicht möglich sei, die politische Lage zu erörtern, und unterfügten auch jede Unterredung des Königs mit ihm. Unter solchen Umständen heiße es nur, die Einberufung der Kammer abwarten. Er sagte dann: Wenn sich inzwischen natürlich, wie wir es erhoffen, die Gesundheit des Königs so bessert, daß man sich ohne Gefahr mit der Regelung der politischen Lage beschäftigen kann, dann werde ich nicht zögern, das zu tun, was das Wahlergebnis verlangt. Diejenigen, die von einer Regentschaft sprechen, vergessen, daß nach der Verfassung die Initiative zur Errichtung einer Regentschaft im Falle einer Erkrankung des Monarchen dem König zusteht. Der Gesundheitszustand des Königs aber, so wie er heute ist, schließt jeden Gedanken aus, dem König eine solche Maßnahme vorzuschlagen. Es ist gewiß ein Unglück, daß der Zustand des Königs keine schnellere Lösung der Krise, in der sich das Land befindet, zuläßt. Wir können unglücklicherweise nichts Besseres tun, als warten. Hoffen wir, daß die Besserung des Königs schnell genug zunehmen wird, um eine Lösung der Krise noch vor der Einberufung der Kammer zu gestatten.

Die holländischen Sozialisten gegen die Ausdehnung der Landsturmpflicht.

Die „Voss. Jtg.“ meldet aus Amsterdam vom 21. Juni:

Eine gestern abgehaltene Parteitagung der holländischen Sozialisten hat sich in Uebereinstimmung mit einem Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion erklärt, die die Vorlage über die Ausdehnung der holländischen Landsturmpflicht als unannehmbar bezeichnet. „Het Volk“, das sozialistische Organ, veröffentlicht heute einen langen Aufsatz, in dem die Stellungnahme der Partei erklärt und zu einer Kundgebung am kommenden Sonntag in Utrecht aufgefördert wird.

Dewet des Verrats schuldig befunden.

London, 21. Juni. (B. L. V.) Das Reutersche Bureau erfährt aus Bloemfontein: Dewet wurde auf Grund der ersten acht Anklagepunkte des Verrats für schuldig befunden; bezüglich der anderen zwei Punkte wurde die Schuld verneint. Das Urteil soll morgen bekannt gegeben werden.

Bloemfontein, 22. Juni. (B. L. V.) Dewet ist zu sechs Jahren Gefängnis und 2000 Pfd. Sterl. Geldstrafe verurteilt worden.

Kriegsbekanntmachungen.

Der Postverkehr nach Südtirol.

Nach einer Mitteilung der österreichischen Postverwaltung sind bis auf weiteres Privatpakete nach Orten der Bezirkshauptmannschaften Ampezzo, Borgo, Vogen, Brigen, Bruned, Cavalese, Cles, Dieng, Meran, Mezzolombardo, Grimers, Riva, Rovereto, Schlanders, Tione und Trient — ausgenommen die Orte Vogen, Brigen, Bruned, Dieng, Meran und Schlanders — nicht zulässig. Den Privatpaketen nach den genannten sechs Orten dürfen schriftliche Mitteilungen nicht beigegeben werden.

Geldbriefe nach Orten der genannten Bezirkshauptmannschaften dürfen ebenfalls schriftliche Mitteilungen nicht enthalten.

Letzte Nachrichten.

Die Arbeit des preussischen Landtages.

Berlin, 22. Juni. (B. L. V.) Der Seniorenkongress des Abgeordnetenhauses trat heute abends, und zwar nach der Plenartagung zu einer Besprechung über die Behandlung des Antrages Brüt-Neuburg im Plenum zusammen und einigte sich dahin, daß zunächst sämtliche Berichterstatter sprechen sollen. Man erwartet, daß dann die Staatsregierung sich äußern wird. Daran soll sich eine kurze Debatte anschließen, in der vorwiegend nur die Sozialdemokraten und die fortschrittliche Volkspartei das Wort ergreifen werden. Zum Schluß wird, wie bereits mitgeteilt, der Vorsitzende der verstärkten Budgetkommission das Gesamtergebnis der Kommissionsberatungen zusammenfassen.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Beratungen morgen schon zu Ende geführt werden, ist vorgesehn, morgen mit den Plenarsitzungen der Berichterstatter abzubrechen und die Ministerreden und die Debatte Donnerstag stattfinden zu lassen.

URANIA

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr:

An den Grenzen von Südtirol und Italien.



Guido Thielscher

„Venus im Grünen“.

Operette in 1 Akt v. Rud. Lothar.

Musik von Oskar Straus.

Mitwirkende:

Elsa Berna, Lotte Werkmeister

Thalia-Theater, Berlin

Karl Bachmann, Julius Spielmann

sowie der vom Publikum und Presse

glänzend beurteilte Juni-Spielplan.

Voigt-Theater.

Sadstr. 58. Badstr. 58.

„Eine Nacht in Berlin“

Volksstück mit Gesang in 3 Akten.

Erstklassiges Varieté

Reifenöffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Rose-Theater.

8 1/2 Uhr Unsere Prachtmädels.

Gartenbühne: Die Försterchriati.

Walhalla-Theater.

8 Uhr: Eine Meile in der Minute.

Spezialitäten.

Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anf. 8 U.

Zum 141. Male:

Im Schützengraben

Wittich'sche Zeit- bild von Bregel.

Wittich'schen u. deren Angehörigen

in der Spitz zu d. Stett. Sängern.

Allgemein-Vertriebenes

Truitre Cigarettenfabrik.

MANOLI ZIGARETTEN

Deutschlands führende Marke

BOSNIA CIGARETTEN

Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH Company

Berlin N. 20 Pankstr. 65.

Fordert nur KADDA-Cigaretten

Kressin

Raucht Herdstoll Cigaretten

Alkoholf. Getränke

Franz Abraham

Frank Messins u. Römertrank-Kell.

C. 15 Barockstr. 2. Fernsp. Krat. 13788

Belienchen-gegenstände

Böttner A., Dandigerstr. 96.

Bade-Anlagen

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.

Bad Alt-Moabit 104

Landberger Str. 107.

Gollnowstr. 41. Liefer. sämtlich. Krankenk.

Bad Borse, Dirksenstr. 50.

Central-Bad, Anzengraberstr. 25.

Diana-Bad, Kottbuser-Damm 79.

Bad Ostend, Wiener Str. 45.

Passage-Bad, Reform-Bad, Wiener Str. 45.

Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.

Silesia-Bad, Schlesische Str. 31.

Bäcker- u. Konditoreien

Amus, Wilh., Ledersiederstr. 11.

F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a.

Waldemar Brosse, Driesenerstr. 3

Hermann Baß, Grünauerstr. 12.

Friedrich, Bastianstr. 18.

Emanuel Flögel, Mirbachstr. 25.

Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.

O. Görg, Wissenerstr. 31. Br. a. gr. 58.

E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

in allen Stadtteilen Berlins

sowie in Neukölln u. Treptow

Gebründet 1892.

Theater für Mittwoch, den 23. Juni.

Deutsches Künstler-Theater

8 1/2 Uhr Die Schöne vom Strand

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.

8 Uhr: Fidelio

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater

8 1/2 U.: Eine unmögliche Frau.

Kleines Theater

8 1/2 U.: Liebelei

Lessing-Theater

8 1/2 U.: Seine einzige Frau

Lustspielhaus

8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht

Montis Operetten-Theater

8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer

Schiller-Theater 0.

8 Uhr: Der Rauh der Sahinerinnen

Schiller-Th. Charlottenbg.

8 Uhr: Wohltäter der Menschheit

Thalia-Theater

8 Uhr: Der Rauh der Sahinerinnen.

Striese, Theaterdirektor:

Königl. Sächs. Hofschauspieler

Hanns Fischer als Gast.

Theater am Nollendorfpl.

8 1/2 U.: Immer feste druff!

Trianon-Theater

8 1/2 Uhr Die Heiratschule

Volksbühne-Theater am Bülowplatz

8 1/2 Uhr Die Lokalhahn. Hierauf: Die Medaille

Palast advertisement with logo and details about performances.

Konsum-Fleischerei advertisement listing various meats and prices.

Wo? advertisement for a travel agency.

Tod u. Teufel advertisement for medicinal products.

Königlicher Holländischer Lloyd shipping advertisement with ship image.

Nächste Abfahrten von Amsterdam nach Süd-Amerika advertisement.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß advertisement.

MANOLI Die führende Zigarette advertisement.

Persil wäscht und desinfiziert Säuglingswäsche advertisement.

Vertical list of advertisements for various businesses like MANOLI, BOSNIA, MAL-KAH, Kressin, etc.

Vertical list of advertisements for breweries and beer brands like Phänomen, Bock-Brauerei, Löwen-Brauerei, etc.

Bezugsquellen-Verzeichnis section listing various suppliers for food, medicine, and other goods.

Vertical list of advertisements for dairies, bakeries, and other food-related businesses.

Vertical list of advertisements for various other businesses and services.

Erklärung.

Der Erklärung der Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion gegen den von den Genossen Bernstein, Naase und Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni veröffentlichten Aufruf: „Das Gebot der Stunde“ schließe ich mich an.

Berlin, den 22. Juni 1915.

Fr. Ebert.

Zur Klarstellung.

Unter dieser Ueberschrift erlassen Mitglieder des Vorstandes der Partei und der Reichstagsfraktion eine Erklärung gegen mich, weil ich mich unterfangen habe, mit den Genossen Eduard Bernstein und Karl Kautsky in einer Parteizeitung einen Artikel: „Das Gebot der Stunde“ zu veröffentlichen. Ein eigenartiges Verfahren und eine in jeder Beziehung neue Erscheinung des Parteilebens!

Mir wird vorgeworfen, daß ich in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne meines Aufrufes gestellt oder irgendeine Mitteilung von der Absicht meines Vorgehens gemacht habe.

Nun ist allgemein bekannt, daß ich im Sinne jenes Artikels seit Kriegsausbruch unaufhörlich im Vorstande der Partei und der Fraktion tätig gewesen bin.

Der erste Vorwurf geht also fehl; und der zweite mutet recht sonderbar an. Er erinnert sehr stark an die Gracchen, die sich über Aufrufe beklagen. Seit Monaten haben einige Mitglieder des Vorstandes, welche jetzt Stellung gegen mich nehmen zu müssen glauben, Artikel und offene Briefe in die Welt gesetzt, ohne dem Vorstand der Partei oder der Fraktion vorher Mitteilung davon zu machen; sie haben sich bemüht, die Partei für gewisse Parolen, so die Parole des Durchhaltens, zu gewinnen, ohne daß der Vorstand vorher davon in Kenntnis gesetzt worden war. Keine öffentliche Zensur ist ihnen deswegen von irgendeinem Vorstandsmitgliede erteilt worden. Danach scheint mehr der Inhalt des Artikels, als die Tatsache der Veröffentlichung vor der Mitteilung an den Vorstand für die neue Methode maßgebend zu sein.

Die Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, welche bisher schrieben, was sie im Interesse der Partei zu schreiben für nötig oder nützlich hielten, übten damit ihr gutes Recht aus, das ich ihnen nie bestritten habe, wenn ich auch an ihren Ausführungen Kritik übte, soweit ich sie für falsch hielt. Das, was den anderen recht war, muß mir billig sein, und ich lehne es jedenfalls ab, mir das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken zu lassen.

Die Einmütigkeit der Partei wird durch Entrüstungspolitik nicht gefördert; wohl aber wirkt im Interesse des Zusammenschlusses der Partei, wer Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtert, und daß der Artikel: „Das Gebot der Stunde“ streng sachlich gehalten ist, hat mir noch jeder zugegeben, der mit mir darüber gesprochen hat.

Berlin, den 22. Juni 1915.

Hugo Naase.

Wir bemerken noch zu der Erklärung der Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, daß es sich um eine Zuschrift einzelner Mitglieder, nicht der Körperschaften als solcher handelt, denen die genannten Mitglieder angehören. Die Parteivorstandsmitglieder zu Ise, Sieg und Bengels haben sich der Erklärung nicht angeschlossen. Vom Genossen Schöy liegt noch keinerlei Erklärung darüber vor.

Der Sinn des deutschen Kolonialbesitzes.

Unter diesem Titel veröffentlicht Prof. R. Wiedenfeld als 6. Heft der bei A. Marcus u. C. Weber in Bonn erscheinenden „Deutschen Kriegsschriften“ eine kleine Arbeit (Preis 50 Pf.), die sich mit der Frage beschäftigt, welcher Wert und welche Bedeutung einem deutschen Kolonialbesitz zuzuschreiben ist. Sie ist aus manchen Gründen, aber vor allem deshalb beachtenswert, weil der Autor die wirtschaftlichen Gesichtspunkte klar und deutlich hervorkehrt. Wiedenfeld erkennt offen an, daß der jetzige Krieg gewissermaßen ein Kolonialkrieg ist, und konstatiert die große Wandlung in der kolonialpolitischen Auffassung, die sich in Deutschland seit Bismarcks und Caprivis Zeiten vollzogen hat. Damals war man noch der Ansicht, „je weniger Afrika, desto besser“; heute kann man davon nicht genug haben. . . . Nun findet aber Wiedenfeld, daß man noch immer die Bedeutung der Kolonien nicht richtig auffasse. Immer werden sie vom „materialistischen“ Standpunkte aus betrachtet. Und doch ist gerade die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien recht gering.

Während Gen. Koske (Kolonialpolitik und Sozialdemokratie) meint, die Kolonien seien auch für den deutschen Handel wesentlich, betont Wiedenfeld, daß es „höchst unwahrscheinlich“ ist, daß die Kolonien von unserer gewaltig zunehmenden Fabrikatenausfuhr einen wirklich wesentlichen Teil werden aufnehmen können. Sollte es aber auch eintreffen, so ist es noch eine Frage, ob daraus ein Vorteil für Deutschland industrielle Entwicklung entstehen werde. Ein Wirtschaftsgebiet, das so deutlich wie Deutschland die Qualitätsarbeit betont und demgemäß in der Ausfuhr gerade bei den hochwertigen Artikeln die hauptsächlichste Steigerung sucht, habe, meint er, vor Zollabschlüssen des Auslandes nicht viel zu befürchten, weil der Verbrauch seiner Waren nur wenig von ihrem Preisstande bestimmt zu werden pflegt. Dagegen überläßt es Deutschland den alten Kolonialstaaten, selbst seine Kolonien mit derben Baumwollstücken zu versorgen. „Wir haben unsere Industrie auf die Herstellung feinerer Gewebe gestellt und überlassen deshalb kampfslos diesen Platz

den fremden Fabriken, die wir eben der Verschiedenheit wegen gar nicht als Wettbewerber bezeichnen dürfen. Wollten wir da unserer Fabrikation eine andere Richtung geben, so wäre es ein um so bedenklicherer Rückschritt, als wir zwar in unserem Unternehmertum und in unserer disziplinierten Arbeiterschaft . . . einen Vorsprung vor anderen Völkern besitzen, in der Verkehrslage aber und damit auch in dem für reinste Massenware wichtigsten Element schlechter als die Nachbarn gestellt sind. Der Gütertausch mit den hochzivilisierten Gebieten Europas und Nordamerikas, danach mit den Nordküsten Südamerikas war und ist für unsere Fabrikatenausfuhr bedeutungsvoller als der Handel mit den gewiß entwicklungsfähigen, aber doch für alle absehbare Zeit weit zurückstehenden Kolonialgebieten der Tropen.“

Nun wird heute besonders viel Hoffnung auf Kolonien als Rohstofflieferanten gesetzt. Auch in dieser Beziehung schätzt Wiedenfeld ihren Wert recht gering ein. „Wirtschaftlich unentbehrlich ist der Kolonialbesitz für uns ebensowenig, wie der Besitz seiner Kolonien für England eine wirtschaftliche Notwendigkeit genannt werden darf.“

Es trifft auch nicht zu, daß man Kolonien brauche, um für den Bevölkerungszuwachs Ansiedlungen zu schaffen. Deutschland nimmt vom Osten und Süden Europas reichlich so viel Hunderttausende als Einwanderung auf, wie es Zehntausende nach außen abgibt. Außerdem wandern heute nicht mehr Bauern, sondern städtische Arbeiter aus, die in den Kolonien nichts zu suchen haben. „Das Verhältnis der sozialen zu den politischen Notwendigkeiten hat sich geradezu umgekehrt: wir brauchen jetzt nicht mehr die Schutzgebiete, weil wir eine Auswanderung haben; sondern wir müssen auf eine gewisse Auswanderung Wert legen, weil uns Schutzgebiete unentbehrlich geworden sind.“

In welcher Hinsicht sind aber uns Schutzgebiete unentbehrlich? Wiedenfeld gibt darauf eine eindeutige Antwort: als Stützpunkte deutscher Weltpolitik, als Erzieher zu weltpolitischem Denken. Sonst, glaubt man, verhalte es sich gerade umgekehrt: Weltpolitik wird um Kolonien willen getrieben. Wiedenfeld kehrt die Sachlage um, vermag aber darauf keine Antwort zu geben, wozu wird denn dann eigentlich die Weltpolitik selbst getrieben. Die Kolonien betrachtet er nur vom Gesichtspunkte aus, daß sie Stützpunkte für die Flotte bilden. Zur Sicherung des fernliegenden Gebietes ist aber eine sehr starke Flotte notwendig. Die Mehrzahl dieser Weltpolitik sieht er durchaus ein. „Die Kosten und die Menschenlast müssen dazu an drückendem Gewicht um so mehr zunehmen, je mehr auch andere Staaten den Weg weltpolitischer Expansion beschreiten; wird doch dadurch immer von neuem der Maßstab verschoben, nach dem jeder einzelne Staat seine Anstrengungen einzurichten hat. Was hat nicht England seine Aufwendungen für Meer und Flotte erhöhen müssen, seitdem sich Deutschland nachhaltig für weltpolitische Ziele eingesetzt hat!“ . . . Deshalb, meint er, wäre es besser, „wenn in überseeischen Deutschland selbst ein starker Stamm von Deutschen angelegt wird, der in gewöhnlichen Zeiten sich selbst unterhält, in Notfall aber als militärische Reserve zur Deckung des ihm Heimat gewordenen Gebietes eintritt.“

Nun, die Möglichkeit einer starken Ansiedlung in den tropischen Kolonien wird noch durchaus bezweifelt, fordert auf jeden Fall große Ausgaben, die Wiedenfeld in diesem Falle durchaus befürwortet. Wichtiger ist es aber, daß die weltpolitischen Konflikte heute doch noch in Europa entschieden werden, daß man also auch vom militärisch-strategischen Standpunkte aus die deutschen Soldaten nicht nach allen Herren Ländern verschieben, sondern an Ort und Stelle haben müsse. Von welcher Seite man also die Frage der Kolonien auch betrachtet, immer kommt man zu dem Schluß, daß sie sowohl in wirtschaftlicher wie in strategisch-politischer Beziehung nur Schaden bringen, wenn man das „Wirtschaftliche“ nicht mit den Gewinninteressen einer kleinen Gruppe identifiziert. Noch ausführlicher als Wiedenfeld begründet dies E. Müller-Sohl in seiner der Abwehr des Imperialismus dienenden Schrift: „Der englische Gedanke in Deutschland“ (Verlag E. Reinhard in München). Das ist auch der Standpunkt der Partei vor dem Kriege gewesen und wird trotz aller Bemühungen einiger, die Partei ins imperialistische Fahrwasser zu loden, auch in der Zukunft der gleiche bleiben. . . .

Parlamentarisches aus der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die zweite und letzte Sessionswoche der schweizerischen Bundesversammlung hat noch wichtige Zensur- und Finanzdebatten gebracht. Die Zensur wird in der Hauptsache nur zur Wahrung der schweizerischen Neutralität allen Ländern gegenüber ausgeübt und dürfen daher die Leser dieser Zeilen nicht etwa vergleichsweise an die Zensur in Deutschland oder anderen kriegführenden Ländern denken, da sie dabei zu ganz irrigen Vorstellungen kommen würden. Im allgemeinen und namentlich über die innerschweizerischen Verhältnisse schreibt die Presse und insbesondere unsere Parteipresse so frei wie früher, worin sie sich auch von der Meinung der gegnerischen Presse, unter dem Vorwande des „Bürgerriedens“ zu allen Bedrückungen der Arbeiter durch Unternehmer usw. zu schweigen, nicht beirren läßt. Eine Präsidentszensur gibt es in der Schweiz auch nicht. Unterdrückt wurde unseres Wissens bisher nur ein Blatt im Berner Jura, das für dessen Losreißung vom Kanton Vevay Stimmung machte, also sogenannten „Hochverrat“ trieb. Dafür wurde der Redakteur des Blattes auch zu einer kurzen Gefängnisstrafe von, irren wir nicht, 14 Tagen verurteilt. Verwarnungen, Warnungen erfolgten allerdings mehrere Blätter, und zwar unparteiisch solche aller drei Sprachen.

Natürlich fällt es uns nicht ein, die Zensur irgendwie verteidigen zu wollen; sie ist ein Übel und eine ständige Beschränkung der Pressefreiheit unter allen Umständen und sollte, kann man während des Krieges nicht wieder ihre Beseitigung erlangen, wirklich nur auf gemeinschädliche Entgleisungen unverantwortlicher Zeitungsschreiber angewandt werden. Etwas anderes ist es vielleicht noch mit dem Vorgehen gegen den blutigen Schuld spekulativer Ansichtskartenfabrikanten, dessen behördliche Beschlagnahme wohl niemand bedauern wird.

Die Zensurdebatte im Nationalrat eröffnete in eigentlich wenig lustvoller Weise der Kommissionsberichterhatter über den Geschäftsbericht des Bundesrates, Secretan-Lausanne, Chefredakteur der „Gazette de Lausanne“, die kürzlich wegen des Gehaltens eines Professors zur Beteiligung der Schweiz am Kriege, und zwar an der Seite des Vierverbundes konfisziert worden war, so daß Secretan in eigener persönlicher Sache redete. Natürlich äußerte er deswegen seine Unzufriedenheit mit der Zensur, mit deren Vorgehen in diesem Falle aber gewiß der größte Teil des Schweizervolkes einverstanden sein dürfte. Unsere Genossen Graber-Chaux-de-Fonds und Sigg-Genf belämpften ebenfalls scharf die Zensur, wobei letzterer sie der Parteilichkeit zum Schaden der französischen Schweiz beschuldigte, wodurch sie einen breiten Graben zwischen Welsch und Deutsch geschaffen habe. Genosse Greulich-Zürich warnte den Bundesrat ernstlich vor einer Entartung der Zensur, die aber immerhin seiner Meinung nach die Grenze des Zulässigen noch nicht überschritten hat.

In zwei Reden antwortete darauf Bundesrat Hoffmann, der zunächst feststellte, daß die Zensur ausschließlich in den Händen der Armee und ihrer Organe ruht. Es wird nur bei besonders schwerer Verletzung der Neutralitätspflicht und Gefährdung der guten Beziehungen der Schweiz zum Ausland eingegriffen, und zwar zuerst durch Verwarnung, dann durch Suspendierung und zuletzt durch Unterdrückung. Die Schwerkraft der Lage besteht für die Behörden darin, daß der Bürger die Neutralität des Staates als eine selbstverständliche Sache betrachtet, für seine Person aber glaubt, tun zu können, was er wolle. Das ist aber falsch; denn der Staat besteht doch aus den Bürgern. Er schilderte dann einige skandalöse Leistungen einzelner Zeitungen und der Ansichtskartenindustrie, wogegen eingeschritten werden mußte. Nationalrat Bossi aus dem Tessin halte in seiner Zeitung anlässlich des Eintrittes Italiens in den Krieg die Intervention der Schweiz gegen die Zentralmächte gefordert und als der Artikel von der Zensur verhindert wurde, ihn dann in einem italienischen Blatte veröffentlicht. Ein Redner nannte dieses Vorgehen direkt Hochverrat. Bundesrat Hoffmann verteidigte die Zensur als eine Notwendigkeit in der gegenwärtigen Zeit. Aber sie sei immer eine mangelhafte Einrichtung, die ein hohes Maß von Takt, Geisteskultur und Kenntnis der politischen Situation verlangt, das aber nicht immer bei den Organen der Zensur vorhanden sei. Entschieden wies er den Vorwurf der Parteilichkeit der Zensur gegen die welsche Schweiz zurück. Gegenüber den von Sigg betonten breiten Graben zwischen Welsch und Deutsch meinte er, daß sie zwar zwei Köpfe, den feinen romanischen Kopf und den dicken, harten germanischen Schädel, daß sie aber nur ein patriotisches Herz haben.

An der Debatte beteiligten sich noch weitere welsche und deutsche Redner gegen und für die Zensur, bürgerliche Freiheit und Staatsnotwendigkeit, wobei auch die beiden Tessiner, Bossi und Bundespräsident Motta, scharf aneinandergerieten.

Scharfe Kritik wurde auch an der Militärjustiz geübt und eine Veränderung im Sinne ihrer Einschränkung gefordert. Bei diesen Militärdebatten erfuhr man auch, daß auch die friedliche schweizerische Mobilisation während der Kriegszeit zahlreiche Opfer gefordert hat. Es sind 171 Todesfälle, wovon 24 Selbstmorde, bis Ende Mai vorgekommen. Unsere Genossen verlangten eine höhere Militärunterstützung der Familien der dienftunfähigen Wehrmänner.

Ebenfalls scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik des Bundesrates geübt, der mit den Prozentsätzen Anleihen vorangegangen und dadurch die Geldverwertung wie die allgemeine Feuerung mittergeschuldet hat. Der Finanzminister, Bundespräsident Motta, meinte aber dazu, man mußte noch froh sein, zu diesem Zinsfuß Geld zu bekommen. Die Völkeropfer alles für ihre Staaten, Gut und Blut, aber das Geld kostet 5 Pro. da nützt kein Appell an den Patriotismus etwas! Dafür wird nun auch die einmalige Kriegsteuer erhoben, die demnach eine Kriegsgewinnsteuer gegen die Finanz- und andere Kapitalisten wäre. Im Ständerat wies Motta darauf hin, daß an die Schaffung der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung erst wird gedacht werden können, wenn das finanzielle Gleichgewicht des Bundes wieder hergestellt ist. Die Staatsschuld hat bis Ende 1914 die Höhe von 280 100 000 Fr. erreicht. Man sieht also bereits, wie die Wirkungen des Krieges die Weiterführung der Sozialpolitik hemmen wird. Die Mobilisation kostet die Schweiz jeden Monat 15 Millionen Franken, bis 12. Juni 185 Millionen Franken und das Defizit des Bundes im Jahre 1915 wird voraussichtlich nicht unter 40 Millionen Franken bleiben. Neue Einnahmequellen sind also unerlässlich.

Unser Genosse Pflüger regte die Herstellung der Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Uniformen, durch eine kommunale Organisation an, um so der argen Ausbeutung der Arbeiter, namentlich durch die Militärbeschäftigungsindustrie, ein Ende zu machen.

Der Ständerat stimmte zwei Anträgen betreffend die Verlegung von Gesekentwürfen zu, durch die den finanziell bedrängten Privatbahnen geholfen werden soll, um sie vor dem Zusammenbruch zu retten, und der staatsbürgerliche Unterricht in den Fortbildungsschulen eingeführt werden soll.

Politische Uebersicht.

Die Notwendigkeit der Wahlreform.

In einem Artikel des „Tag“ weist Richard Calwer der Regierung die Initiative zur Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts zu, da von dem Parlament nichts zu erwarten sei. Die Regierung dürfe selbst vor einer vorübergehenden Niederlage ihrer Vorschläge nicht zurückweichen. Auch nur der Versuch einer besseren Lösung würde ihr Sympathien weiter Kreise zutragen. Auch den Besitzenden sucht Calwer die Reform schmackhaft zu machen, da von einer Beseitigung des jetzigen Wahlrechts noch nicht eine Aufhebung der sozialen Machtverhältnisse zu erwarten sei. Calwer erinnert daran, daß Bismarcks Eintreten für das Reichstagswahlrecht eine viel größere Anerkennung brachte, als es jetzt die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sein würde.

„Was damals ein fast kühner Wurf war, einen erst im Entstehen begriffenen politischen Gebilde gegenüber, das ist in Preußen die Erfüllung einer längst schon reifen Forderung.“

Die Befürchtungen und Besorgnisse, die man an die Erfüllung dieser Forderung knüpft, sind in der Hauptsache durch den Krieg hinfällig geworden. Das mögen die nicht einsehen wollen und können, die sich in Preußen im Besitz der politischen Macht befinden, aber das muß und kann die

Führung der staatlichen Organisation erkennen. Was gibt man dem der Arbeiterschaft, wenn man ihr das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag gewährt? Doch nichts anderes als ein formelles Recht, aus dem erst die wachsende wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft etwas machen kann. Die materielle Heberlegenheit des Besitzes über die Arbeit ist tatsächlich so groß und so fest begründet, daß auch das freieste Wahlrecht und die weitestgehende politische Vollberechtigung diese Heberlegenheit nicht zu beseitigen vermögen. Aber die politische Vollberechtigung gewährt die Möglichkeit, daß auch für die als einzelne schwachen Existenzen die gleichen Voraussetzungen politischer Betätigung geschaffen sind, wie sie für die Besitzer von Grund und Boden sowie von Kapital bestehen. Und dieses Gefühl der Gleichberechtigung muß den Arbeitern gegeben werden. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sorgt schon ganz allein dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Selbst das freieste Wahlrecht verhindert nicht, daß die Vorherrschaft des Besitzes unter den heutigen Verhältnissen der Landwirtschaft bestehen bleibt."

Wir zweifeln, ob die von Calver vorgebrachten Gründe das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien einschließlich der Fortschrittler ändern werden. Wir erwarten eine gründliche Reform nur von der politischen Reife der breiten Wählermassen.

Abgeordnetenhaus.

Von der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, das am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammengetreten ist, mußte der wichtigste Punkt, der Bericht der Budgetkommission über die von der Regierung gegebenen Auskünfte über wirtschaftliche Fragen, wieder abgesetzt werden, weil der schriftliche Bericht über die Kommissionsverhandlungen erst zum Teil fertiggestellt ist.

Der Rest der Tagesordnung, der von untergeordneter Bedeutung ist, wurde in kurzer Zeit erledigt. Den auf Grund des Artikels 63 der Verfassung erlassenen Verordnungen betr. ein vereinfachtes Entscheidungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen sowie betr. die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien erteilte das Haus debattelos die Zustimmung. Der Antrag Brust (Z.) und Genossen auf Annahme eines Gesetzesentwurfs betr. Ergänzung des Knappschafts-Kriegs-Gesetzes fand entsprechend dem Kommissionsbeschluss seine Erledigung durch Annahme einer Resolution, die die Regierung um Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs ersucht. Endlich nahm das Haus noch den von Mitgliedern verschiedener Fraktionen gestellten Antrag an, wonach den Schülern höherer Lehranstalten und den Seminaristen, die in das Heer eingetreten sind, die Erlangung des Reifezeugnisses möglichst erleichtert werden soll.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des von der Tagesordnung abgesetzten Berichts der verstärkten Budgetkommission.

Zur Schließung des Landtages.

Die amtlich beeinflusste „Neue polit. Korrespondenz“ sucht den Schluß des preussischen Landtages wie folgt zu verteidigen:

„Der Schluß des preussischen Landtages erfolgt gegen den Wunsch des Abgeordneten- und Herrenhauses, aber die Staatsregierung hält ihre Gründe für Vermeidung der Tagung doch für so wichtig und ausschlaggebend, daß man sich damit abfinden kann, zumal eine Kalkulation des wichtigsten einzelstaatlichen Parlaments nicht beachtlich ist. Die Regierung muß naturgemäß jetzt ihr Hauptaugenmerk auf die mit dem Reichsparlament zu lösenden Aufgaben richten. Die reinen sachlichen gesetzgeberischen Arbeiten des Landtages traten gegenüber den Forderungen des Tages böslich zurück, so daß die Beratung der kriegswirtschaftlichen Fragen sich mehr und mehr im Bereiche der Reichspolitik bewegte. Der innere Zusammenhang Preußens mit der Reichspolitik ergab sich ohne weiteres daraus, daß nirgends die Verhandlungen im Landtage zu einer Kollision mit der Reichspolitik führten, sondern nach außen hin nur überzeugend feststellten, wie im Bundesrat die großen Aufgaben des Reiches von den Vertretern aller Bundesstaaten mit voller Einmütigkeit wirksam gemacht werden. Es ist im übrigen aber von jeher ein Wunsch des Landtages gewesen, längere, durch mehrfache Vertagungen bedingte Sessionen zu vermeiden, und dieser Wunsch hat aus verschiedenen Gründen seine volle Verwirklichung.“

Die Presse fast aller Parteirichtungen erklärt trotz dieser Ausführungen, daß in der gegenwärtigen Situation eine Vertagung des Landtages zweckmäßiger gewesen sei.

Das Verbot der „Deutschen Tageszeitung“.

Während die übrige Presse die Mitteilung von dem Verbot der „Tageszeitung“ und die Notiz der „Norddeutschen“ ohne Kommentar wiedergibt, behält sich die „Kreuz-Zeitung“ eine Kritik der Maßnahme vor und tritt schon jetzt für den sachlichen Kern der beanstandeten Nebenloswesen Ausführungen über den U-Bootskrieg auch ihrerseits ein. Sie schreibt:

„Im allgemeinen wird es von der Zensur nicht erlaubt und ist es daher auch kaum üblich, daß sich an ein Zensurverbot in der Presse eine Kritik oder sonstige weitere Erörterung knüpft. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in den Ausführungen zu dem Verbot der „Deutschen Tageszeitung“ mit scharfen Angriffen gegen dieses Verbot Stellung genommen und dadurch an sich die Bahn zu weiteren Presseerörterungen eröffnet. Aus naheliegenden Gründen wollen wir es uns indessen in der gegenwärtigen Kriegszeit verlagern, im einzelnen in diese Erörterungen einzutreten. Es mag späterer Zeit vorbehalten bleiben, zu der Kritik, welche die „Norddeutsche Allgemeine“ an der „Deutschen Tageszeitung“ äußert und zu der Begründung, die sie dem Zensurverbot gibt, Stellung zu nehmen. Heute geben wir jedenfalls dem lebhaften Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß wir uns recht bald wieder an der Lesart des befreundeten Blattes werden erfreuen können. Der warme nationale Ton der Zeitung und die Art, wie sie in diesen schweren Zeiten den Mut und die Entschlußfreudigkeit unseres Volkes zum Ausdruck bringt, geben uns Grund zu der Auffassung, daß ein längerer Ausbleiben des Blattes in weiten Kreisen auch über die konservative Partei und die Landwirtschaft hinaus mit Recht als eine schwere Lücke empfunden werden würde.“

Nachdem das konservative Blatt in so warmer kollegialischer Weise für das vom Verbot betroffene Organ der gleichen Partei eingetreten ist — eine Stellungnahme, die einzelne Parteiblätter beim Verbot anderer Parteiblätter sich zum Muster nehmen sollten —, schließt sich die „Kreuz-Zeitung“ prinzipiell der Haltung der „Tageszeitung“ in der U-Bootsfrage an:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ führt das Verbot neben einem anderen Grunde auch darauf zurück, daß der beanstandete Artikel eine kaum mehr verhältnismäßige Verpöchtung des in den deutschen Notizen an Amerika eingetommenen Rechtsstandpunktes enthalte. . . . In der Sache handelt es sich dabei um eine Ver-

sprechung des von Deutschland gemachten Zugeständnisses, daß neutrale Handelsschiffe auch in der Kriegszone nicht ohne weiteres torpediert, sondern vorher angehalten und untersucht werden, ein Zugeständnis, das uns übrigens in der Praxis teilweise noch über die in den Notizen ausgesprochenen Grundsätze hinaus durchgeführt zu sein scheint. Der beanstandete Artikel hebt die Folgen hervor, welche dieses Verfahren namentlich infolge des schönen englischen Flaggenbetruges für die Abschwächung der Waffe und für die Gefährdung unserer Mannschaften gehabt hat. Daß dieser Folgen mit leidenschaftlicher Wärme des Tones gedeutet wird, scheint uns im Hinblick auf den Tod Weddigns und auf andere Erfahrungen gerade der letzten Tage sehr verständlich. Kadträglich e Hinweis auf die große und für uns schwerwiegende praktische Bedeutung dieses Zugeständnisses können unseres Erachtens für die schwebenden Verhandlungen, bei denen Amerika ein gleiches Verfahren sogar gegenüber feindlichen Handelsschiffen zu fordern geneigt ist, nur nützlich sein. . . . Wir wollen gewiß keinen Widerspruch dagegen erheben, daß mit Amerika mit dem Ziele einer Verständigung weiter verhandelt wird, und wir gestehen der Regierung das Recht und die Pflicht zu, bei diesen Verhandlungen volle Rücksicht auf die politische Gesamtsituation zu nehmen. Das Selbstverständliche dabei aber ist — in dieser Beziehung hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vollkommen recht —, daß die Kampfkraft der U-Boots-Waffe auch im Handelskriege in keiner Weise weiter eingeschränkt werden kann und wird.“

Die „Freisinnige Zeitung“ hält es dagegen für angebracht, sich darüber aufzuregen, daß nicht auch der „Lokal-Anzeiger“, in dem der bekannte E. J.-Artikel zur U-Boots-Frage erschien, mit Zensurmaßnahmen bedacht worden ist. So wacht ein freisinniges Organ über Pressefreiheit!

Auffällige Verhaftung.

In Karlsruhe wurde am Freitagabend der Buchdrucker Gen. Dietrich verhaftet. Man bringt die Verhaftung damit in Verbindung, daß unlängst ein Flugblatt verbreitet worden sein soll „An die deutschen Frauen“. Es könne sich aber auch um ein anderes Flugblatt handeln. Genaueres über den Grund der Verhaftung war bisher von keiner Seite zu erfahren.

Kriegervereine und Sozialdemokratie.

Die „Parole“, das Organ des Preussischen Landes-Kriegerverbandes, teilt mit, daß der Vorstand des Kriegervereins sich mit der gegenwärtigen und zukünftigen Stellung des Kriegervereins gegenüber der Sozialdemokratie beschäftigt hat. Als Resultat dieser Beratungen wurde nachstehende Kundgebung an die Vereine der deutschen Landes-Kriegerverbände erlassen:

„Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit, im Felde wie in der Heimat, seine Vaterlandsliebe glänzend betätigt. Die deutschen Landes-Kriegerverbände haben das Vertrauen, daß diese einmütige Gesinnung, die die wehrhaften Söhne dem Rufe des Kaisers hat folgen lassen, auch nach dem Kriege erhalten bleibt. Sie sind überzeugt, daß die ehemaligen Soldaten, die in die Kriegervereine aufgenommen zu werden wünschen, auch fernerhin monarchische Gesinnung bewahren werden. Sie ermächtigen deshalb die Vereine, alle, welche diese Verpflichtung anerkennen, ohne Prüfung der politischen Parteilichkeit lameradhaftlich in ihre Reihen aufzunehmen.“

Die „Parole“ fügt dem hinzu: „Die Kundgebung wird nunmehr allen Vereinen zugegangen sein; sie ist von dem Vertrauen getragen, zu dem uns die gegenwärtige große Zeit berechtigt. Wir eruchen die Vereine, von jetzt ab und bis etwa der nächste Abgeordnetentag anders beschließen sollte, bei der Aufnahme von Kameraden nur die persönliche Würdigkeit des Aufzunehmenden in Betracht zu ziehen. Es ist auch nicht die Absicht der Kundgebung, daß die Anerkennung monarchischer Gesinnung von jedem neu Eintretenden ausdrücklich verlangt werden soll. Wir wollen gegenwärtig von jedem, der in einen Kriegerverein eintreten will, annehmen, daß er vaterlandsliebend und monarchisch gesinnt ist.“

Die Kriegervereine haben demnach ihr politisches Glaubensbekenntnis grundsätzlich nicht geändert.

Landtagswahlwahl.

Bei der Landtagswahlwahl im Wahlkreis Paderborn-Dören-Wiedenbrück wurde Dr. Grunenberg (Zentrum) aus Düsseldorf-Oberkassel einstimmig mit 328 Stimmen gewählt.

Aus dem sächsischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer wird in dem eben eröffneten außerordentlichen sächsischen Landtage folgende Anträge einbringen: Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts mit Verhältnis- und Sonntagswahlen für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen; Reform der Staatseinkommensteuer unter Wegfall der vier untersten Stufen; höhere Progression für Einkommen über 6000 M.; Reform der Ergänzungssteuer in derselben Richtung; Erhebung der Staatsgrundsteuer nach dem gemeinen Werte; Wegfall der indirekten Abgaben (Einkauf, Schacht, Stempelsteuer); Sonderbesteuerung der durch Kriegsgeschäfte erzielten Gewinne. Ferner werden Interpellationen eingebracht über die Feuerung, die Lebensmittelförderung, gegen den Preiswucher, über Verbesserung der Kriegsfürsorge, Versammlungsverbote, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Belagerungszustand. — Die Fraktion erhebt Anspruch auf bedingungslose Jubilation eines Vizepräsidenten. Im vorigen Landtage verweigerte man der sozialdemokratischen Fraktion den Vizepräsidenten, weil sie die Erfüllung höflicher Pflichten ablehnte. Vorge schlagen wird zum Vizepräsidenten Genosse Fräßdorf, der schon einmal diesen Posten bekleidete. — Die Kommissionsarbeiten sollen in drei Sonderkommissionen erledigt werden. Eine soll die Wirtschaftsfragen, eine die Wahlrechtsangelegenheiten und die dritte die von der Regierung eingebrachten Notgesetvorlagen beraten. Für die erstgenannte Kommission beantragt die Fraktion den Vorschlag.

Gültigkeit von Urkunden in Belgien.

Brüssel, 22. Juni. (W. L. V.) Der Generalgouverneur erläßt folgende Verordnung: Urkunden, die von einer deutschen öffentlichen Behörde oder von einer mit öffentlichen Glauben versehenen Person des Deutschen Reiches ausgenommen oder ausgestellt sind, sind zum Gebrauch in Belgien zugelassen, wenn sie durch den Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur legalisiert sind.

Der Eid der Konfessionslosen in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die reaktionäre Mehrheit des Senats — orthodoxe Katholiken, Calvinisten und Lutheraner — hat am 17. d. M. den Regierungsentwurf über den Eid der Konfessionslosen verworfen. Es war nicht freidenkerliche Prinzipienreiterei, die den Anstoß zu diesem Gesetzesvorschlag gegeben hatte, sondern eine obergerichtliche Entscheidung, die durch die tatsächliche Aufhebung der Reugnispflicht der Ungläubigen die Rechtspraxis in Unordnung brachte. — Die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Kuyper geführten Re-

aktionäre blasen Triumph, wogegen das liberale Regierungsblatt „Vaderland“ mit einiger Uebertreibung von einem „schwarzen Tag“ in der holländischen Geschichte spricht. Weitere Folgen wird die Niederlage für die Regierung voraussichtlich nicht haben. Daß der Purzfrieden total kaputt ist, läßt sich allerdings nicht leugnen, aber brüchig war er auch so schon. Den Liberalen hält die reaktionäre Presse entgegen, daß der Purzfrieden die Regierung hätte verpflichten müssen, das Gezeck zurückzugeben. Das Urteil, wer da recht hat, wird da wohl nach der Parteistellung der Urteilenden verschieden lauten. Vermutlich aber hätten sich zumindest die katholischen Senatoren nachgiebiger gezeigt, wenn die Gesandtschaft beim Vatikan nicht schon in der zweiten Kammer angenommen gewesen wäre.

Mühlengewinne in Krieg und Frieden.

Seit Monaten sind geschäftige Federn eifrig bemüht, die Unschuld der Mühlen an den hohen Mehlpreisen des vergangenen Winters zu „beweisen“. Sie führen zur Rechtfertigung der ungeheuerlichen Mehlpreissteigerungen an: Verluste an den Kriegsausbruch einschneidenden Sendungen, höhere Getreidekosten durch Lohnsteigerungen, steigende Kohlen- und Materialpreise usw. Sicher haben diese Faktoren (am wenigsten natürlich die Lohnsteigerungen) die Geschäftsergebnisse der Mühlen beeinflusst. Wie wenig sie aber die zum Teil ganz außerordentlich günstigen Betriebsergebnisse verfehltestern konnten, läßt mit aller Wünschenswerten Klarheit die unten folgende Tabelle erkennen. In dieser Tabelle sind die aus den Geschäftsberichten und Bilanzen der Mühlen-Aktiengesellschaften, die ihr letztes Geschäftsjahr im Kriege abgeschlossen und sich mit dem Resultat des Jahres an die enttäuschte und erregte Öffentlichkeit gewagt haben, die Zahlenangaben über Abschreibungen, Reingewinn und Dividende den Angaben für das Geschäftsvorjahr gegenübergestellt. Das Geschäftsjahr fällt bei den verschiedenen Gesellschaften sehr verschieden, zum Teil am 30. September (4mal), zum Teil fällt es mit dem Kalenderjahr zusammen (20mal) und zum Teil wird es am 31. März beendet (4mal). Die Zahlen für das im Kriege beendete Geschäftsjahr sind fett hervorgehoben.

Sitz der Gesellschaft	Firma	Altes Kapital	Reingewinn	Abf. d. j.	Reingewinn	Dividende
		M.	M.	M.	M.	%
Barth i. Pom.	Aktien-Dampfmühle	300000	1913 4200	19042	?	?
			1914 8000	37949	?	?
Berlin	Dampfmühlen-A.-G.	1600000	1913 16832	18579	—	—
			1914 28069	165319	8	8
Berlin	Viktoria-Mühle	1500000	1913 7599	1	—	—
			1914 100468	445280	8	8
Bremen	Holandmühle	3000000	1913 229039	443589	11	11
			1914 579232	761558	17	17
Breslau	Schlesische Mühlenwerke	1200000	1913 84032	197837	9	9
			1914 86546	263235	12	12
Crefeld	Crefelder Mühlenwerke	500000	1913 15842	2	—	—
			1914 69809	208259	8	8
Crefeld	Mühlentw. Gottschall	1800000	1913 157140	800827	8	8
			1914 160065	507603	?	?
Duisburg	Rosting-Mühlen	4500000	1913 108149	451000	9	9
			1914 99687	426700	9	9
Eisfeld b. Siegen	Salzgenmühle-A.-G.	280000	1913 18090	93780	10	10
			1914 12265	72228	15	15
Eisleben	Dampfmühle-A.-G.	400000	1913 18208	80219	6	6
			1914 18722	77442	8	8
Hlenzburg	Salzgenmühle-A.-G.	400000	1913 18014	?	10	10
			1914 32723	113967	15	15
Harburg a. E.	Mühlbetrieb A.-G.	1000000	12/13 80736	600818	15	15
			13/14 100009	749054	20	20
Heidelberg	Herrnmühle	600000	1913 40510	48807	4	4
			1914 63359	278953	8	8
Jägdorf	Mühlen-A.-G.	300000	1913 11810	13840	4	4
			1914 36021	24770	5/10	5/10
Königsberg	Salzgenmühle-A.-G.	1584000	1913 95681	—	—	—
			1914 179415	417728	12	12
Leipzig	Kunstmühlentwerke					
a. Eister bei Werdau S.	Joismühle A.-G.	275000	1913 23305	35041	?	?
			1914 36686	73522	?	?
Magdeburg	Mühlentwerf., Ruder- und Couleurfabrik	1800000	12/13 87009	71830	3 1/2	3 1/2
			13/14 110495	92368	4	4
Mannheim	Hessische Kunstmühle A.-G.	750000	1913 68011	35130	4	4
			1914 135951	175469	?	?
Mannheim	Ludwigshafener Salzgenmühle	3000000	1913 ?	?	10	10
			1914 304768	?	12	12
Mannheim	Rheinmühlentwerke	500000	1913 33426	25984	12 1/2	12 1/2
			1914 130736	444079	12	12
Meinerfen	Ostermühle-A.-G.	220000	1913 ?	?	4	4
			1914 ?	18805	4	4
Niederlahnstein a. Rh.	Böhringer Mühle	2055000	1913 80688	—	—	—
			1914 132333	527692	10	10
Northeim (Sannover)	Rhume-Mühle	728000	1913 19740	77047	6	6
			1914 21406	102582	7	7
Reicherts-hofen-Stodau b. Ingolst. Schwetinfurt	Aktienmühlentwerke	1000000	1913 ?	151824	7	7
			1914 14695	154196	?	?
Strasbourg	Cramerische Mühlen A.-G.	350000	1913 ?	28859	?	?
			1914 ?	61395	?	?
Strasbourg	Jäckher Mühlenwerke	6000000	1913 357180	608878	10	10
			1914 365215	1376124	10	10
Witten und Duisburg	Walzgenmühle	2000000	1913 58120	78017	6 1/2	6 1/2
			1914 563145	694197	8/10	8/10
Düsseldorf	Getreidekommission	1800000	12/13 166345	275461	12	12
			13/14 7714	464370	?	?

Das Ergebnis dieser Gegenüberstellung ist verblüffend, es zeigt ein ganz einheitliches Bild sehr starker Gewinnsteigerungen. Das Verblüffendste ist, zu sehen, wie Gesellschaften, deren letztes Friedensgeschäftsjahr mit großen Verlusten abschloß (Berliner Viktoria-Mühle, Böhringer Mühle in Niederlahnstein), auf einmal Gewinne aufweisen, die erhöhte Abschreibungen und Dividenden möglich machen. Zum Teil sind übrigens große Gewinnsummen in anderen Posten der Bilanzen versteckt worden. Es lohnt aber kaum, diesen Summen nachzuspüren, weil ja ohnehin eine genaue Feststellung des tatsächlichen reinen Betriebsergebnisses nicht möglich ist. Für unseren Zweck genügt aber auch die vorliegende Zusammenstellung vollkommen.

1 Aufschub der Aktionäre: 262 111 Mark.
 2 Verlust 25 950 M.
 3 5% an Stammaktien, 10% an Vorzugsaktien.
 4 Pro 1914: 1 200 000 M. neue Aktien, zu 25% eingezahlt.
 5 Geschäftsjahr umfaßt nur ein Vierteljahr!
 6 Verlust 98 242 M.
 7 Nur für 600 000 M. Vorzugsaktien.
 8 8% an Stammaktien, 10% an Vorzugsaktien.

Bewerkschaftliches.

Der Arbeitsmarkt im Mai.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Mai 1915 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Juniheft wie folgt: In der Mehrzahl der Industrien war der Geschäftsgang auch im Mai durchaus befriedigend. Besonders gilt das für Unternehmungen, welche mittelbar oder unmittelbar für Heereszwecke arbeiteten. Manche Betriebe konnten die Aufträge nur mit Anspannung aller Kräfte und unter Leistung von Ueberstunden, doppelten und dreifachen Schichten bewältigen. Eine wesentliche Aenderung gegenüber dem Vormonat ist im allgemeinen nicht eingetreten, bemerkenswert ist jedoch die überall bemerkbare Entlastung des Arbeitsmarktes für weibliche Beschäftigte.

Die Berichte der einzelnen Verbände und Unternehmungen zeigen, daß im Vergleich der Abjahre unverändert gut war. Auch die Eisen- und Maschinenindustrie war durchschnittlich ebenso lebhaft beschäftigt wie im Vormonat. Dasselbe gilt für die elektrische Industrie, soweit sie, wie dies im großen Umfang geschieht, Kriegsgut herstellt. Gleichfalls befriedigend war die Lage der Spinnstoffgewerbe mit Ausnahme gewisser Spezialzweige, z. B. der Seidenindustrie. Uneinheitlich lagen die Verhältnisse in einigen anderen Gewerben, wie in der chemischen und in der Holzindustrie. Zu den Industrien, die über guten Geschäftsgang zu berichten haben, gehören auch einige Zweige der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, zum Beispiel die Bierbrauerei und die Zigarrenfabrikation. Im Baugewerbe, das schon vor dem Kriege einen unbefriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte und dessen Lage durch den Krieg zunächst noch weiter verschlechtert worden ist, machte sich im Verichtsmonat in einzelnen Städten infolge der öffentlichen Bautätigkeit eine gewisse Besserung bemerkbar, die auch stellenweise in einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten zum Ausdruck kam.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juni eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 68 279 oder 1,41 Proz., dagegen eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 31 938 oder 0,92 Proz.; die Gesamtzahl der Beschäftigten hat mithin nur um 36 341 oder 0,44 Proz. abgenommen. Der Rückgang war also nur sehr gering und geht im wesentlichen auf Einberufungen zum Landsturm zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich, wie in den Vormonaten, auch im Mai der Anzahl nach weiter verringert, die Verhältniszahl ist dieselbe geblieben wie im Vormonat; denn von den 1,097 Millionen Mitgliedern, über welche 35 Fachverbände für den Mai berichtet, waren 2,9 Proz. gegen 2,9 Proz. im Vormonat arbeitslos. Daß die Stellenlosigkeit gegenwärtig nur unwesentlich größer ist als zu Friedenszeiten, zeigt ein Vergleich mit dem Mai 1914, in welchem 2,8 Proz. arbeitslos waren. Wie bedeutend die Besserung in den letzten Monaten war, ergibt sich daraus, daß zu Beginn des Jahres noch 7,2 Proz. Arbeitslose gezählt wurden.

Aus der Statistik der Arbeitsnachweise geht hervor, daß sich im Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen bei den Frauen eine Besserung vollzogen hat, während bei den Männern die Lage unverändert geblieben ist. Auf 100 offene Stellen entfielen nämlich im Verichtsmonat bei den Männern 99 Arbeitsuchende (gegen 100 im April), bei den Frauen 158 Arbeitsuchende (gegen 165 im April). Gegenüber dem Mai 1914 ist der Andrang zu den Arbeitsnachweisen bei den Männern bedeutend schwächer, bei den Frauen stärker geworden.

Diesem Gesamtüberblick läßt das „Reichs-Arbeitsblatt“ eine ausführliche Wiedergabe von Berichten über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweise usw. folgen. Auch über den Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in England und im neutralen Ausland wird nach amtlichen Quellen berichtet.

Berlin und Umgegend.

Die Metallformer klagen in ihrer letzten Branchenversammlung darüber, daß in den Betrieben, die jetzt vorwiegend Granatengünder fabrizieren, viele Ueberstunden gemacht werden und auch Sonntags gearbeitet wird. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß infolge der zahlreichen Einberufungen ein gewisser Mangel an Arbeitskräften herrscht und die Unternehmer deshalb bestrebt sind, die vorhandenen Kräfte soweit wie irgend möglich auszunutzen. Da die Zünderarbeit an sich seltener ist als die normale Arbeit der Metallformer, so kann eine derart weitgehende Anspannung der Kräfte des Arbeiters auf die Dauer nicht ohne Schaden für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter betrieben werden. Aus diesen Gründen soll die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit möglichst eingeschränkt werden. In manchen Betrieben wird versucht, bei Vergabe neuer Arbeiten die Arbeitslöhne zu drücken. Um das zu verhindern, sollen sich die Betreffenden in derartigen Fällen an die Kommission wenden, die dann das Erforderliche veranlassen wird.

Teuerungszulage!

Auch bei den Arbeitern des Buchdruckgewerbes besteht der Wunsch, ihr Einkommen mit den in dieser Zeit sehr hohen Ausgaben in Einklang zu bringen. Der Wunsch, den Personalrat der Druckerei in Groß-Berlin im allgemeinen eine Teuerungszulage zu bewilligen, wurde von dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer glatt abgelehnt. Verschiedene Arbeiter versuchten und erreichten namentlich bei ihren Arbeitgebern Zulagen von 50 Pf. bis 1,50 M. pro Woche. Bemerkenswert hierbei ist aber, daß es nur kleine und ganz vereinzelt mittlere Betriebe sind, welche das Einsehen hatten, ihren Arbeitern etwas zuzulassen zu lassen. In den Großbetrieben dagegen sah es ganz anders aus.

Bei den Verhandlungen über die Teuerungszulagen wurde den Arbeitern von den Geschäftsvertretern gesagt, wie wenig Entgegenkommen und wie wenig Geschäftsinteresse die Arbeiter zeigen, wenn sie jetzt noch Lohnforderungen verlangen, in einer Zeit, in welcher das Geschäft doch so fürchtbar große Opfer zu bringen habe, wo das Geschäft doch ohne jeden Verdienst arbeite usw. usw.

Und worin bestehen diese Opfer? Man bekommt z. B. als Buchdrucker-Hilfsarbeiter bei Tagesarbeit 28 M., bei Nachtarbeit 32 M. Wochenlohn. Einzelne Arbeiter erhalten, wenn sie zehn, fünfzehn oder auch zwanzig Jahre in der Firma tätig sind, noch einige Mark über das Minimum.

Die großen Druckereibetriebe haben außerdem seit Kriegsbeginn Einrichtungen getroffen, wonach alle Familien der Kriegsteilnehmer, welche vor ihrer Einberufung zum Kriegsdienst dort tätig waren, Unterstützungen erhalten. Auf diese Unterstützungen wurde bei den Verhandlungen von den Firmen hingewiesen. Es wurde den Arbeitern gesagt: „Nun, Sie können Teuerungszulagen erhalten, es werden aber sofort die Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer eingestellt; nun, bitte, wählen Sie“. Die Arbeiter wurden dadurch moralisch gezwungen, auf ihre Forderungen zu verzichten, da sie nicht die Absicht haben, auf Kosten der armen Kriegsfamilien ihre Lage zu verbessern.

Wie aber versucht wird, diese sogenannten großen Opfer auf die Arbeiter abzuwälzen, sei durch nachfolgendes bewiesen:

Schon seit Monaten ist, wie überall, auch im Buchdruckgewerbe Mangel an männlichen Arbeitern. Es werden deshalb ungeübte Leute angelernt mit einem Wochenlohn von 24 M. bei Tagarbeit und 28 M. bei Nachtarbeit. Die Zahl der an den Maschinen tätigen Arbeiter ist infolge der ungeübten nicht größer als früher, vielfach sogar noch geringer geworden. Die geübten alten Arbeiter müssen infolgedessen bedeutend mehr leisten als früher, ohne indessen mehr Lohn zu erhalten. Der Minimallohn beträgt für den Hilfsarbeiter an der Zeitungsmaschine des Radts 32 M. Das Geschäft verdient also an jedem ungeübten Arbeiter pro Woche 8 M. Fällt der ungeübte die Stelle eines über das Minimum entlohten einberufenen Arbeiters aus, so erhöht sich naturgemäß der Verdienst für das Geschäft. Die Maschinen sind zum größten Teil mehr als zur Hälfte mit ungeübtem Personal besetzt, so daß beispielsweise bei einer Maschine mit sechs Mann Besetzung ein Ersparnis von 18 bis 24 M. pro Woche für die Firma herauspringt.

Es wäre nichts weiter als eine Pflicht des Arbeitgebers, diese Lohnverluste als Teuerungszulagen an alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter zu verteilen. Aber man möchte dann ja wirklich, wie es den Anschein hat, die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer aus eigenen Mitteln des Geschäfts zahlen.

Auch noch auf andere Weise wird versucht, diese Ausgaben wieder einzubringen.

Die Forderungen erhalten Löhne von 30-32 M. wöchentlich. Aus oben angeführten Gründen wird jetzt in den Zeitungsfabriken eine große Anzahl weibliches Personal beschäftigt. Diese Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 28 M. für Nachtarbeit bei der gleichen Arbeitsleistung wie die Männer. Also auch hier pro Kopf 2 M. Profit für das Geschäft.

Es ist aber keineswegs mit der Meinung, die für die Öffentlichkeit bestimmt ist, in Einklang zu bringen, wenn man versucht, die Kriegsteilnehmer in dieser für die Eingeweihten doch so auffälligen Art und Weise aus den Betrieben herauszubolen, während man bei jeder Gelegenheit diese Unterstützungsanstalten als eine soziale Wohltat der Firmen hinstellt. Auch hat nicht jede Familie der Kriegsteilnehmer Anspruch darauf.

So sieht in Wirklichkeit die Kriegsfürsorge der großen Zeitungsbetriebe aus, und auf Grund dieser sozialen Tat lehnt man den bis aufs äußerste angestregten Arbeitern die erbetenen Teuerungszulagen ab.

Deutsches Reich.

Aufgelöste Kartellierung.

Am 30. Mai fand eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle von Rheinland und Westfalen statt, auf der auch der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt über Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweise sprach. Als in Gelsenkirchen der Genosse Wendler am Sonntag in einer Kartellierung über die Konferenz Bericht erstatten wollte, wurde er mehrmals vom Polizeibeamten dabei unterbrochen. Wendler sagte darauf, daß er ja nur das wiedergäbe, was auf der Konferenz verhandelt wurde. Der Beamte aber behauptete, der Berichterstatter gebe immer wieder seine Ansicht dazwischen; wem so fortgefahren würde, müßte er die Verammlung schließen. Wendler meinte darauf: „dann werden wir uns eben über Sie beschweren.“ Er machte den Beamten darauf aufmerksam, daß ja auf der Konferenz auch ein Vertreter des Generalkommandos anwesend gewesen sei. Als Wendler den Standpunkt des Genossen Schmidt über den Arbeitsnachweis präziserte, schloß der aufgeregte Beamte die Sitzung. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er nur die Sitzung auflösen, nicht aber sie schließen könne, das sei Sache des Verammlungsleiters. Darauf meinte er, er habe sich veripochen, und nun löste er die Delegiertensitzung auf. Genosse Wendler bemerkte dem Beamten, daß man sich beschweren werde, er habe nur die Verhandlungen der Konferenz wiedergegeben. Der Beamte gab aber zur Antwort: „Der garantiert mir denn dafür, daß das auf Wahrheit beruht, was Sie da sagen!“

Wendlers Ausführungen in dem kritischen Augenblick lauteten: Robert Schmidt hat also in Essen gesagt, daß wir uns nach dem Kriege nicht gegen die ausländischen Arbeiter abstellen. Aber er ist müßig die deutschen Arbeiter beschäftigt werden. Freilich müßten dabei verschiedene Unternehmer aber auch höhere Löhne zahlen, als die ... die sie heute den ausländischen Arbeitern ... (Hier wurde die Verammlung geschlossen und nachher noch aufgelöst.)

Teuerungszulagen.

Der Vorstand des Buchbinder-Verbandes hat an die Unternehmer ein Rundschreiben verfaßt, in dem um eine Teuerungszulage ersucht wird. Die Freie Buchbinder-Zinnung in Hamburg hat darauf an ihre Mitglieder die folgende nachahmenswerte Aufforderung gerichtet:

Zinnung der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Hamburg
(Freie Zinnung).

Hamburg, den 20. Mai 1915.

An unsere Mitglieder!

Die durch den Krieg verursachte Steigerung der Preise aller unserer Rohstoffe hat die Herstellungskosten unserer Arbeiten wesentlich verteuert. Eine Erörterung der Frage, ob wir eine Erhöhung der Preise unserer Arbeiten eintreten lassen müssen, ist überflüssig; eine solche dürfte sich ohne weiteres von selbst verstehen. Schwerer zu entscheiden wird es dagegen sein, ob sie bei heutiger Geschäftslage überall in angemessener Weise durchzuführen und ob insbesondere die Möglichkeit gegeben ist, einen festen Satz dafür aufzustellen. Ohne der Entscheidung der Zinnungsversammlung vorgreifen zu wollen, hat der Vorstand beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, diese Angelegenheit von Fall zu Fall zu behandeln und je nach Art und Menge des zu verwendenden Materials eine Erhöhung von 10 bis 20 Proz. oder mehr eintreten zu lassen.

Die gleiche Verechtigung, welche wir für uns in Anspruch nehmen müssen, steht unserer Arbeiterkraft zu. Wenn diese angeht, der so sehr verteuerten Lebensmittel den Wunsch nach Erhöhung der Löhne kundtut, so bedarf dieser gewiß keiner eingehenden Begründung. Wir halten es auch hier für überflüssig, erst einen Zinnungsbeschluss, der nicht verbindend ausfallen kann, herbeizuführen und überlassen es der Einsicht der Arbeitgeberschaft, dem uns unterbreiteten Verlangen zu entsprechen. Wir verlemen nicht, daß unser Handwerk, verglichen mit anderen Geschäftszweigen, sich in einer besonders bedrängten Lage befindet und daß in vielen Fällen nur unter Opfern des Geschäftsinhabers ein alter Arbeiterstamm bei Lohn und Brot gehalten werden kann. Wie aber wir ein Entgegenkommen unserer Auftraggeber erwarten, so sollen wir auch in gleicher Weise berechtigten Anforderungen entsprechen, im Vertrauen darauf, daß in dieser schweren Zeit alle Berufsstände sich die Hand reichen, einander nach Kräften zu helfen und zu fördern.

Der Vorstand.

Otto Rauschenbach, zugez. Obermeister.

In Solingen haben acht Firmen, die sich zu einer G. m. b. H. für Militäreffekten zusammengelassen haben, ihren verheirateten Arbeitern ebenfalls eine Teuerungszulage von 5 Proz. bewilligt. Auch die Rathenower Stiefelfabrikanten haben ihren Arbeitern eine zehnprozentige Teuerungszulage gewährt.

Aus der Partei.

Ein russischer Gewerkschaftsredakteur gefallen.

Der Redakteur des Petersburger Handlungsgehilfenorgans „Handlungsgehilfenbote“, Genosse Michael Seifer, ist, wie in der Voriser Parteipresse berichtet wird, auf dem Schlachtfelde gefallen. Er war gleich bei Kriegsbeginn einberufen worden, diente als

Ordnung bei einem der russischen Stäbe und wurde durch einen Granatschuß in den Kopf getötet. Die junge russische Gewerkschaftspresse verliert in ihm einen ihrer tüchtigsten Mitarbeiter.

Aus den Organisationen.

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Weesow-Charlottenburg nahm nach einem Referat des Genossen Wollenbuhr und einem Referat des Genossen Ströbel Stellung zu den Friedensbemühungen des Parteivorstandes. Nach Erledigung der sehr ausgedehnten Debatte wurde eine Resolution angenommen, worin die Bestrebungen des Parteivorstandes zur Kenntnis genommen und die auf das gleiche Ziel gerichteten Wünsche ausländischer Bruderparteien begrüßt wurden. Parteivorstand und Fraktion werden aufgefordert, diese Bestrebungen energisch zu unterstützen, dagegen Absichten bürgerlicher Annektionspolitiker energisch zu bekämpfen. Derselben Körperschaften sollen sich auch gegen die das politische Leben einengenden Bestimmungen und die Lebensmittelsteuer wenden.

Eine von Friedenau eingebrachte Resolution, monach sich die Verammlung einverstanden erklären sollte mit der von vielen Parteigenossen an den Parteivorstand gerichteten Kundgebung, wurde durch die Annahme der ersten Resolution als erledigt betrachtet.

Sodann entwickelte sich eine umfangreiche Debatte über die Sonderbestrebungen in der Partei. Das Referat hatte der Kreisvorsitzende Genosse Thuro, das Referat Genosse Dr. Dunder übernommen. Mit großer Mehrheit wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Weesow usw. kann das Verhalten derjenigen Parteimitglieder, die in besonderen Zusammenkünften außerhalb des gegebenen Organisationsrahmens in parteilichem und Organisationsfragen auf eigene Faust Aktionen unternehmen, nicht billigen. Diese Zusammenkünfte bergen die Gefahr in sich, die Einheit der Partei zu untergraben. Wie auch immer die Genossen in der Beurteilung von Parteifragen stehen mögen, so kann und darf nicht geduldet werden, daß Mitglieder Bestrebungen fördern, die geeignet sind, das gegenseitige Vertrauen der Parteigenossen untereinander zu erschweren. Die Kreisversammlung gibt zu, daß der aus dem Kriegszwang sich ergebende unbefriedigte Betätigungsdrang der Genossen erklärlich ist. Sie richtet darum an Parteivorstand und Reichstagsfraktion von neuem das Ersuchen, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne den Wünschen der Volksteile Rechnung zu tragen, die ... und mit der Lebensmittelsteuer unzufrieden sind, sowie eine freiere Gestaltung der politischen Zustände im Innern fordern. Die Kreisversammlung fordert die Parteimitglieder des Kreises auf, ohne Unterlaß für die Entfaltung eines möglichst regen Vereinslebens Sorge zu tragen, damit allen Genossen die Gelegenheit gegeben ist, im Rahmen der Parteiorganisationen ihre Anschauungen zu vertreten. (Nager Besuch der Jahlabende, bester Meinungs-austausch, Agitation für die Partei usw.) Die Kreisversammlung verurteilt die Benutzung des Namens der Arbeiterbildungsschule oder anderer Parteistatuten für Zusammenkünfte, die außerhalb der Organisation veranstaltet werden.“

Die Parteiorganisation für den 11. badischen Reichstagswahlkreis (Mannheim) hat in ihrem am 31. März d. J. abgeschlossenen Jahresbericht folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

Am 1. April 1914 zählte der Verein 10 916 Mitglieder, darunter 1270 weibliche. Die Mitgliedszahl stieg bis zum Ausbruch des Krieges. Am Schlusse des Geschäftsjahres waren nun 10 423 männliche und 1219 weibliche Mitglieder vorhanden; es fanden 5063 Mitglieder im Felde, von denen etwa 70 gefallen sind. Der Umlauf der Kasse stieg auf auf 19 555,73 M. bei einem Saldo-vortrag von 21,48 M., dabei sind 7152,52 M. an die Kasse der Landesorganisation, 3244,23 M. an die Berliner Zentrale abgeführt worden. — Die Kosten der Reichstagswahlwahl (17. November 1914) betragen 1274,06 M. Es wurden 11 431 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. Die „Volkstimme“ verzeichnet in der Kriegszeit nur einen unbedeutenden Abnenn-rückgang.

Der Sozialdemokratische Verein für Neuh. J. hielt am Sonntag an Stelle der Generalversammlung eine Vorstandskonferenz ab, in der die Geschäftsberichte erstattet wurden. Die Hauptstoffe schließt mit 13 845,98 M. in Einnahme und Ausgabe ab. Der Kassenbestand beträgt 6369 M. Der Mitgliederbestand ist etwas zurückgegangen. Der Verein zählte am 31. März 1915 4646 männliche und 1094 weibliche Mitglieder. Bis 1. April waren 1516 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, von denen, wie bisher ermittelt werden konnte, 62 gefallen sind. Die Einnahmen des Parteiorgans, der „Neuh. J. Tribune“, sind von 128 824,59 M. im Vorjahre auf 110 432,78 M. im abgelaufenen Geschäftsjahre zurückgegangen und hat sich daher ein Zufuß von rund 2000 M. notwendig gemacht. Von einer Erhöhung der Abonnementsgelder wurde indes abgesehen und diese auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Aus Industrie und Handel.

Die englische Anleihe.

London, 22. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei Einbringung des Gesetzentwurfs über die Kriegsanleihe im Unterhause appellierte Schatzkanzler Mac Kenna an den Patriotismus des Landes. Man möge die riesenhaften Hilfsquellen ausnützen, um den Krieg erfolgreich für die Verbündeten und für Großbritannien fortzusetzen. Nach der Erklärung, daß die Anleihe zu pari und zu 4 1/2 Proz. Zinsen ausgeben werden würde, sagte er auseinander, daß der Betrag der Anleihe nicht begrenzt sei, hauptsächlich deshalb, weil man nicht wisse, bis zu welchem Grade von der Gelegenheit, die frühere Kriegsanleihe und Konsols umzutauschen, Gebrauch gemacht werden würde.

Die Befürworter der alten Kriegsanleihe, die auf die neue zeichnen wollen, können nämlich unter Einwirkung der Zwischenkammer der alten Anleihe, die zu 95 ausgegeben wurde, unter Auszahlung des Unterschiedes von 5 Pfund den entsprechenden Betrag der neuen Anleihe zu 100 erhalten. Den Befürwortern von Konsols werden diese zum gegenwärtigen Preise von 88 1/2 gegen die neue Anleihe umgetauscht, wenn sie den gleichen Betrag zu erhalten wünschen. Der Staat hat das Recht, die Anleihe im Jahre 1925 zu pari zurückzugeben oder die Befürworter haben im Jahre 1945 Anspruch auf Einlösung. Im allen Klassen der Bevölkerung die Beteiligung an der Anleihe zu ermöglichen, können Zeichnungen in Beträgen von 100 Pfund aufwärts bei der Bank von England oder in Anteilscheinen und Schahscheinen von 5 Schilling bis zu 25 Pfund, die bei den Postämtern, Gewerkschaften und anderen Korporationen erhältlich sind, bewirkt werden.

Mac Kenna schloß, daß Großbritannien Hunderte von Millionen brauche, und daß jede Anstrengung, die jetzt gemacht würde, nicht nur eine Anstrengung zur Fortsetzung des Krieges sei, sondern auch zur Sicherung der späteren finanziellen Vorherrschaft Großbritanniens erfolge.

Die Anleihevorlage wurde einstimmig angenommen.

Das Reutersche Bureau fügt hinzu, daß die Anleihe für die vorläufigste Anlage gehalten würde, die dem Publikum in der letzten Zeit geboten worden sei. Der Zubrang zur Erhaltung von Projekten sei bereits außerordentlich groß.

Neue französische Anleihe in New York.

New York, 22. Juni. (W. T. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Berichtsweise verlautet, daß hier über eine neue französische Anleihe von 75 Millionen Dollar zum Ankauf von Munition verhandelt wird.

Lebensversicherungs-Dividenden.

Die Leipziger Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Alte Leipziger) schließt für 1914/15 sehr gut ab. Der in der Abteilung für Todesfallversicherung erzielte Ueberschuß beträgt 14 002 014 (i. V. 13 795 500) M.; das ist der größte bis jetzt von der Gesellschaft zu verzeichnende Ueberschuß. Der Aufsichtsrat beantragt 55 Proz. Dividende!

Das Geschäftsjahr der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft schließt außerordentlich günstig ab. Die erfolgte Angliederung der Deutschen Militär-Versicherungs-Anstalt in Hannover sei für die Gesellschaft ein höchst wichtiges und bedeutendes Ereignis, da das Geschäft der Gesellschaft dadurch eine Verdoppelung erfahren werde. Auch seien von dem Zusammenarbeiten der beiden Gesellschaften andere sehr wesentliche Vorteile zu erwarten. Der Abschluß für 1914 wurde genehmigt, die Dividende auf 33 Proz. festgesetzt.

Die Gesamtmaßnahmen der Nürnberger Lebens-Versicherungs-Bank stiegen von 23 388 322 M. auf 24 274 610 M. Als Dividende für die Aktionäre wird, wie seit Jahren, der höchste nach dem Gesellschaftsvertrag zulässige Satz von 10 Proz. vorgeschlagen.

Die Gladbacher Feuerversicherungs-Akt.-Ges. in W.-Gladbach bucht trotz des Krieges einen Reingewinn von 595 975 M. (i. V. 506 491 M.). Die Dividende beträgt wiederum 25 Proz.

Teutonia, Versicherungs-Akt.-Ges. in Leipzig, schüttet auf jede Aktie eine Dividende von 150 M. gleich 48 Proz. aus. In Ergänzung des Geschäftsberichts bemerkt die Verwaltung, daß sich die Versicherung, die Gesellschaft könnte durch die erhöhten Ansprüche, die der Krieg an die Lebensversicherungs-Gesellschaften stelle, in Schwierigkeiten geraten, erfreulicherweise nicht eingetreten sei.

Die Deutsche Lebensversicherungs-Bank Arminia, Akt.-Ges. in München, hatte im vergangenen Jahre Einnahmen in Höhe von 88 428 105 (im Vorjahre 84 757 856) M. Dagegen ging der Ueberschuß von 582 159 auf 610 283 M. zurück. Deshalb mußte die Dividende an die Aktionäre von 25 auf 23 Proz. ermäßigt werden.

Gerichtliche Fristen in Italien.

Unter der Ueberschrift „Gerichtliche Fristen in Italien“ meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Der „Corriere della Sera“ vom 28. Mai 1915 enthält folgende Mitteilung über Gewährung zivilrechtlicher und prozessualer Fristen in Italien:

Rom, den 27. Mai nachts. Eine heutige Verordnung der Statthalterei bestimmt, daß hinsichtlich aller Wirkungen des Artikels 1226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Krieg als höhere Gewalt gilt, und zwar nicht nur, wenn er die Leistung unmöglich, sondern auch, wenn er sie übermäßig drückend macht, vorausgesetzt, daß die Verpflichtung vor dem Tage der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung eingegangen worden ist.

Dieselbe Verordnung sieht die Bewilligung der Verlängerung von prozessualen Fristen jeder Art vor; sie bestimmt außerdem, daß Kaufleute und Handelsgesellschaften, deren Aktien die Passiven übersteigen, und die wegen der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse nicht in der Lage sind, Zahlungen zu leisten, vom Gericht

eine vollständige oder teilweise Stundung bis höchstens zum 30. Tage nach der Veröffentlichung des Friedens erhalten können. Weitere Bestimmungen regeln die Voraussetzungen für die Gewährung dieser Erleichterung.

Artikel 1226 des italienischen Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet in Uebersetzung:

Der Schuldner ist nicht zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er infolge höherer Gewalt oder Zufalls verhindert worden ist, dasjenige zu leisten oder zu tun, wozu er sich verpflichtet hatte, oder dasjenige getan hat, was ihm verboten war.

Gegen die deutschen Unternehmungen in Rußland.

Die russische Regierung hat neue Ausführungsbestimmungen über die Liquidation deutscher Firmen in Rußland erlassen, durch welche die bisherigen Anordnungen wesentlich verschärft werden. Besonders ist jetzt für alle feindesländischen Firmen unterschiedslos eine Zwangsliquidation vorgehoben, während nach der Vorschrift des ursprünglichen Gesetzes die bis zum vorgeschriebenen Termin nicht von den Eigentümern liquidierten Firmen zwar einstweilen nicht weiter arbeiten, aber doch unangefastet bis zum Friedensschluß ruhen durften. Die Durchführung der Liquidation ist russischen oder neutralen Staatsangehörigen vorbehalten. Soweit solche nicht unter den Funktionen der betriebl. Firma selbst zu finden sind oder diese die Uebernahme des Amtes ablehnen, wählt sie das Gericht inappellabel aus den Gläubigern der Firma. Ihre Namen werden veröffentlicht, ihr Gehalt von der Behörde festgesetzt. Sie haften solidarisch für Schäden aus Nichtbefolgung der Ausführungsbestimmungen und unterliegen der Kontrolle besonderer staatlicher Aufsichtsbeamten. Weitere Bestimmungen regeln im einzelnen das einzuhaltende Verfahren, insbesondere die Behandlung der Schulden und Aktiva, der Geschäftsbücher, die Rechenschaftsablegung, den Abschluß der Liquidation usw. Die sich zugunsten der feindesländischen Interessenten ergebenden Ueberschüsse sind bei der russischen Reichsbank zu deponieren.

Soziales.

Sonntags-Frühstücken der Fabrikmeister.

Die Firma Bergmann Elektrizitätswerke in Rosenthal verbietet den Arbeitern strengstens, in der Fabrik Bier und sonstige alkoholische Getränke zu genießen oder solche herzubringen. Aber die Meister verstehen, für ihre Verdon das Bierverbot zu umgehen und dem Gumbrius nach Herzgenuss zu opfern. Eine Klage, die am Dienstag vor dem Gewerbegericht verhandelt wurde, ist dadurch entstanden, daß eine Anzahl Meister der Firma Bergmann in der Lage des Fabrikportiers ungeniert zechten. Die Folge davon war die plötzliche Entlassung des Portiers, der nun wegen Verletzung der Kündigungssatzung klagt. Ein als Zeuge vernommener Betriebsleiter sah an einem Sonntagvormittag mehrere Meister in der Portierloge sitzen. In den Händen hielten sie Bierflaschen, aus denen sie mit Behagen tranken. Als der Betriebsleiter am folgenden Tage einige Zeilen seiner Erklärung zur Rede stellte, erhielt er die in solchen Fällen übliche Erklärung, einige Meister hätten beim Bier in der Portierloge ihren Geburtstag gefeiert. Am

folgenden Sonntag fand der Betriebsleiter wieder eine Anzahl Meister in der Portierloge zechend. Wie er sagte, war es diesmal noch schlimmer als am vorhergehenden Sonntag. Am Montag verwarnte der Betriebsleiter den Portier und drohte ihm sofortige Entlassung an für den Fall, daß er etwas noch einmal vorläme. Aber die Verwarnung hatte keinen Erfolg. Am dritten Sonntag sprachen die Meister in der Portierloge wieder dem „edlen Gesellschaft“ zu, der diesmal in Marmelade und aus Gläsern getrunken wurde. Am Montag erfolgte dann die Entlassung des Portiers, während die an dem Gelage beteiligten Meister mit einer Bestwarnung davontamen. Da den Arbeitern der Biergenuss streng verboten ist — jagte der Betriebsleiter —, könne nicht geduldet werden, daß sich die Meister in der Portierloge, wo alle Arbeiter vorübergehen müssen, ungeniert hinsetzen und die Bierflaschen vor den Kopf nehmen. Sonntags seien die Meister oft nur eine Stunde bei der Arbeit, im übrigen verrichten sie ihre „Sonntagsarbeit“ mit der Bierflasche in der Portierloge.

Der Kläger nahm die Klage zurück, nachdem das Gericht zu der Auffassung gelangt war, daß in rechtlicher Hinsicht die Entlassung zu Recht erfolgt sei und Schadenersatzansprüche des Klägers nicht beständen. Dagegen gab der Vorsitzende der einmütigen Ansicht des Gerichts dahin Ausdruck: Der Portier hat doch wohl unter dem Druck der Meister, die ihm gegenüber eine gewisse Autorität hatten, das Biertrinken geduldet. Es ist deshalb vom menschlichen Standpunkt nicht zu billigen, daß die Meister nur dem Portier, der aber ohne Kündigung entlassen wurde.

Die Bevölkerungsstatistik des Kriegsjahres 1914.

Nach den vom württembergischen Statistischen Landesamt festgestellten Ergebnissen der Bevölkerungsbeziehung in Württemberg im Jahre 1914 ist trotz der zahlreichen Kollustrationen, die bei Kriegsbeginn stattfanden, die Zahl der Beschäftigten mit 15 534 um 2100 niedriger als im Vorjahre. Der Einfluß des Krieges auf die Geburtenziffer wird erst im Jahre 1915 in Erscheinung treten. Aber auch das Jahr 1914 hat einen weiteren sehr beträchtlichen Abfall des schon in den Vorjahren verzeichneten Geburtenrückganges gebracht. Es wurden 68 952 Kinder geboren. Das sind 1116 weniger als im Vorjahre. Die Geburtenziffer wies ihren höchsten Stand auf im Jahre 1875 mit 88 396. Mit Schwankungen ging sie zurück bis auf 78 584 im Jahre 1908 und sank von da ab ständig weiter. Seit 1862 war sie nicht so gering wie im Jahre 1914, in dem die Volkszahl Württembergs um 750 000 größer war als in jenem Jahre. Der Verminderung der Geburten steht im Jahre 1914 eine Zunahme der Gestorbenen um 7006 gegenüber, unter denen sich auch die Gefallenen befinden. Es starben insgesamt 47 807 Personen. Wie groß die Zahl der bei Abschluß der landesamtlichen Abschriften gemeldeten Gefallenen war, ist nicht herangezogen. Der Geburtenüberschuß sank von 20 457 im Jahre 1913 auf 21 145. Die Zuwanderung war seit 1871 nie so klein wie im Jahre 1914, wo sie auf 322 Personen zusammenschumpfte. Diese Auswanderungen werden wohl ausschließlich auf die sieben Monate vor Beginn des Krieges fallen. Den Auswanderungen steht eine gewaltige überseeische und kontinentale Rückwanderung gegenüber, die zahlenmäßig noch nicht festgestellt ist. Der genaue Stand der Volkszahl Württembergs ist seit der Volkszählung von 1910 nicht ermittelt.

Todes-Anzeigen

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.
Mitgliedschaft Berlin.
In Erfüllung der traурigen Pflicht geben wir hierdurch allen Mitgliedern bekannt, daß unser langjähriger treuer Bundesgenosse

Reinhold Wicke
30. Abteilung
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Halle des St. Georgenkirchhofes in Weihensee, aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Ortsgruppe Berlin.
9. Abteilung.
Sektion der Bäcker u. Konditoren.

Am 19. Juni verstarb unser Bundesgenosse

Reinhold Wicke
Schillingstr. 22.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofes in Weihensee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
11/12 Der Vorstand.

Freunden und Bekannten die traурige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schnelber

Wilhelm Oslath
am 21. Juni verstorben ist.

Namens der Hinterbliebenen:
Eugen Oslath, Röhrenstr.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 5^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof der freiwilligen Gemeinde, Pappelallee, statt.
1927

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschlands.

Nachruf.
Am Freitag, den 18. Juni, verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriger Mitglied

Fritz Heise.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 20. Juni verstarb unser Parteigenosse

Julius Schultze
Kariendorfer Weg 1/2, 14. Bez.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Neuen Nikolikirchhof, Hermannstr. 90, statt.
28/1

Verband der Bäcker und Konditoren.

Am 19. Juni starb unser Mitglied, der Bäcker

Reinhold Wicke.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Georgenkirchhofes in Weihensee, aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
40/1 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gobler

Erich Hochschulz
Tegeel, Schlieperstr. 53

am 18. Juni an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
115/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Reinhold Wicke
Schillingstraße 21/22, Bezirk 4, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Georgenkirchhofes, Weihensee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
72/18 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hierdurch allen Beteiligten, insbesondere Herrn Saldet Kanalle und Herrn Ad. Damski, meinen herzlichsten Dank.
Johanne Petakat
geb. Büchner.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 11. Juni 1915 bei einem Gefecht durch Kopfschuß mein lieber, guter Mann, Vater meines einzigen Kindes, der Meister

Robert Korth
im blühenden Alter von 24 Jahren.

Dies zeigen im Namen der Hinterbliebenen tiefbetruht an
Emma Korth geb. Pauke
nebst Söhnen,
Hermann Pauke nebst Frau
Wanda u. Erna als Schwägerinnen.

Gustav Plöger, d. J. im Felde,
Frau Luise Plöger
als Schwester.
Berlin-Tuchholz, 23. Juni 1915.
Ihm der Friede, uns der Schmerz.
Leidst sei ihm die fremde Erde!

Es starb an einem Herzschuß im Gefecht für's Vaterland unser einziger Sohn und Bruder

Bruno Herrmann
vom mob. Art.-Regt. Königsberg Nr. 1

im blühenden Alter von 21 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetruht an
W. Herrmann
und Frau,
Charlotte als Tochter.
Neukölln, Stelmußstr. 124.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes
„Fritz“
sowie für künstliche Spenden sagen wir allen, besonders aber dem Gesamtpersonal der Firma Joh. Scholz & Co., Weihensee, wie auch den Mitgliedern der dortigen Arbeiterjugend unseren herzlichsten Dank.
57/1

August Strümke und Frau.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der A. G. B., Hdt. Meister Bader, für die herzliche Teilnahme, insbesondere dem Kollegen Bahr für die trefflichen Worte am Grabe unseres Sohnes **Max**, herzlichsten Dank.
69/1

Familie Zingelmann.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich der Beerdigung meiner über alles geliebten, herzensguten Frau, der aufopfernd und immer sorgender Mutter meiner Kinder, sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Wahlverein Neukölln und dem Personal der Zeitungsausgabestelle Neukölln I, meinen herzlichsten Dank.
19268
Wag Peter nebst Kindern.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Sonntag 8-10 geöffnet. Jetzt gewählte Waren werden bei Anzahlung schon von M. 1.- an über den 1. Juli hinaus zurückgestellt. Besonderheit: Weite Größen!

Aus meinem Inventur-Ausverkauf:

Besonderes Reise!

Reise-Kostume 3000		Reise-Mäntel 2000	
Reise-Kostume, darunter 150 Modelle, in einfachen, besseren u. hocheleg. Gattungen aus Loden, Kammgarn, Seide, Hollenose, Tuch, Frotte, leichtem Kammgarn, gestreiften Stoffen, beste Beschaffenheit, letzte Neuheiten, eingeteilt in 4 Gruppen	Reise-Mäntel aus Loden, Tuch, Eolienne, Moiré, Kammgarn, Estagummin, Gummistoffen, Seidengloria, Monopolstele, wasserdichtem Popeline, weissem Flauch, Mäntel für Sportswecke, alle möglichen Arten, eingeteilt in 4 Gruppen:	I	II
15.-	24.-	39.-	54.-
sonst. Preis bis 50.-	sonst. Preis bis 100.-	sonst. Preis bis 150.-	sonst. Preis bis 200.-

Ein großer Posten Reise-Röcke, Modelle, zum Ausschneiden für 6^{1/2}, 15.-

Bis 70% Ermässigung
soweit Vorrat! Voraussichtlich in Jahren nicht wiederkehrend:
Feinste Ulster, regulär bis 70.-, für 40.-, Elegante Filzmäntel, sonst bis 200.-, für 65.-.

Pelzmäntel
Persischer, Seabismen, Orenburger usw., je nach Qualität für 650.- bis 1400.-, 350.- bis 1000.-, 260.- bis 600.-, 175.- bis 375.-
Kurze Pelzjassen statt 200.- für 75.-

Trauermagazin.
Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7604.

Westmann
I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße).

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Nowawes und Umgegend.

Unter Bezugnahme auf die Befanntmachung des Gemeindevorstandes vom 17. Juni machen wir alle im Gemeindegbezirk Nowawes wohnenden Hausgewerbetreibenden darauf aufmerksam, daß sie mit rückwirkender Kraft ab 16. Mai d. J. wieder der Krankenversicherungspflicht unterliegen.

Widerrichtig sind die unmittelbaren Arbeit- resp. Auftraggeber der in Nowawes wohnenden Hausgewerbetreibenden.

Wir ersuchen hierdurch die betreffenden Arbeitgeber, die Anmeldungen umgehend zu erledigen.

Widerrichtig sind ferner die Meldungen betr. die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die im Klassenlokal u. haben. Auch wird daselbst mündliche Auskunft während der Rassenstunden erteilt. 268/16 Nowawes, den 21. Juni 1915.

Der Vorstand.
D. R. P. e., R. Bill, Vorsitzender, Schriftführer.

Taschenrechenpiel
Vollständig mit Anleitung
Leicht in der Tasche u. im Tornister zu tragen

Preis 50 Pfennig
Porto 10 Pfennig

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 255 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde: 3. Garde-Regiment a. F.; Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Jäger- und Garde-Schützen-Bataillon. Grenadier-, bzw. Infanterie-, Rüstler-Regiment Nr. 3, 5 (s. Erf.-Inf.-Reg. Cropp), 8, 9, 11, 16, 20, 21 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Keller), 28, 29, 30, 40, 41, 49 (s. auch Truppen-Abteilung v. Restorf), 51, 52, 61, 62, 66, 69, 72, 75, 77, 84, 87, 88, 89, 97, 110, 112 bis einschließlich 117, 129, 131, 136, 137, 138, 140, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 150, 154, 158 bis einschl. 160, 165, 166, 168 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 118), 169, 170, 171, 178, 176, 178, 332, 333, 335. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 2, 7 bis einschl. 11, 18, 19 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 332), 22, 26, 29, 30, 40, 48, 53, 57, 61, 65, 72, 83, 84, 118, 130, 202, 204, 207, 213, 214, 215, 217, 219, 220, 222 bis einschl. 226, 228, 232, 235, 236, 239, 254, 256, 257, 258, 260, 265, 268. Ersatz-Infanterie-Regiment Cropp und Keller. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 3. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 7, 8, 9, 10 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9), 11, 21, 24, 25, 26, 28, 30, 33, 37, 39, 47, 61, 72, 75, 116, 118. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 9. Befehlungs-Regiment Nr. 5, 6 und 8. Fofen siehe Infanterie-Regiment Nr. 332, 333 und 336. Feld-Bataillon Schwarz des Detachements Plantier. Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 4 des IV. Armeekorps. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 11, 28, 42, 86. Landsturm-Infanterie-Bataillone Aurtich, 3. Beuthen i. Ob.-Schles., 3. Bonn. 2. I. Breslau (s. Inf.-Reg. Nr. 333), 3. Coblenz (s. Inf.-Reg. Nr. 336), Croffen, II Darmstadt, I. Deub. I. Ologau, I und III Saganen, I. Löben, III Reg. II Münster (s. Inf.-Reg. Nr. 332), I. Schlawe (XVII. 11.). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 4. des IV. Armeekorps (Mittelschles.), 7. des VI. Armeekorps (Beuthen i. Ob.-Schles.), 2. Braunschw. 3. Göttingen, I. Hannover, 3. Hannover. Truppen-Abteilung v. Restorf. Jäger-Bataillone Nr. 1, 7; Reserve-Bataillone Nr. 7, 11, 23. Feld-Maschinengewehr-Jäger Nr. 64 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 219), 152 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 202). Kavallerie: Reserve-Dragoon Nr. 6; Husaren Nr. 3. Feldartillerie: Regiment Nr. 25, 38, 41, 42, 44, 45, 46, 55, 72, 73, 83, 221; Reserve-Regiment Nr. 18, 43, 45, 46, 61. Gebirgs-Batterien: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 1, 6, 7; Reserve-Regiment Nr. 18; Reserve-Batterie Nr. 24. Pioniere: III. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 10, 24; Bataillone: II. Nr. 1, II Nr. 3, I Nr. 5, I Nr. 7, II Nr. 9, II Nr. 10, I Nr. 16, I Nr. 17, I und II Nr. 21, II Nr. 27; Ersatz-Bataillone Nr. 3, 7, 9, 21. Festungs-Scheinwerfer-Abteilung feste Wonen. Schwere Garde-Minenerwerfer-Abteilung; Mittlere Minenerwerfer-Abteilung Nr. 115. Verkehrstruppen: Eisenbahn-Baufirma Nr. 27. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 62; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 17. Lazarettzug Nr. 4. Artillerie-Bataillon Nr. 63. Nachkommando der Kommandantur Spandau. Bewachungskommando des Gefangenenlagers Osterode.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 194 enthält Verluste des 22., 23., 24. und 25. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 5, 8, 11, 15 und 18; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 1, 10, 12; Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 1, 4, 5, 6, 10, 12; Landsturm-Inf.-Bataillone: Dillingen und Wasserburg; 8. und 20. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 5; 1., 2. und 3. Inf.-Reg.; Ref.-Füß.-Regiment Nr. 1, 2, 3; Ref.-Füß.-Bat. Nr. 6; Landwehr-Füß.-Bat. Nr. 3; Pionier-Reg.; 1., 2. und 3. Pionier-Bat.; Pionier-Kompagnien Nr. 10, 20; Festungs-Telegraphen-Baufirma; Pionier-Abt. Nr. 1; Mineur-Abt. Nr. 1; 2. Landwehr-Pionier-Komp., I. A. B.; 1. Landwehr-Pionier-Komp. III. A. B.; Artillerie-Bat. Nr. 1; II. Munitionskolonnen-Abt. I. A. B.; I. Munitionskolonnen-Abt. II. A. B.; Sanitäts-Komp. 11; Verachtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 160 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 101, 105, 108, 139; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 100, 101, 103, 245; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 100; Ersatz-Bataillone: Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 100; Reg. von Sturmtowaki, Ref.-Inf.-Reg. Nr. 100; Ersatz-Reg. Leimbach-Jermer, Ref.-Inf.-Reg. Nr. 104; Ersatz-Reg. Nr. 6, Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 104; Regiment Künze, Bataillon Nordost, Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 107; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 25; Füß.-Regiment Nr. 12, 19; Füß.-Bat. Nr. 58; Ref.-Füß.-Bat. Nr. 27; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; Scheinwerferzug, I. Pionier-Bat. Nr. 12; I. Pionier-Ersatz-Komp., I. Bat. Nr. 12; Pionier-Komp. Nr. 115; Ref.-Pionier-Kompagnien Nr. 53, 54; Landwehr-Pionier-Komp., XII. Armeekorps; Ref.-Pionier-Abt. Nr. 27. Die württembergische Verlustliste Nr. 207 bringt Verluste des Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 52; Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 54; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 120, 121, 123, 124; Inf.-Regiment Nr. 125, 126, 180; Landsturm-Inf.-Bat. Eßlingen; I. Ersatz-Abt. Feldart.-Reg. Nr. 29; Stappen-Kraftwagen-Kolonne Nr. 31; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 54; Verluste durch Krankheiten; Verachtigungen früherer Verlustlisten. Die Verlustliste Nr. 11 der kaiserlichen Schutztruppen wird veröffentlicht.

Aus Groß-Berlin. Schülerausflug.

Punkt acht Uhr stand ich vor dem großen Schulgebäude. Noch waren nicht viele Schüler da, aber allmählich kamen sie, bald einzeln, bald zu zweien und dreien. Nach und nach wuchsen sie zu einer stattlichen Zahl an. Auch einige Mütter waren erschienen, die dem Ausflug beizuhelfen wollten. Drei Knabenklassen zogen aus, ungefähr dreimal vierzig Buben, alle munter und fröhlich und voller Erwartung. Die Bücher waren aus dem Ranzgen verbannt, dafür enthielt dieser Stullen, Obst und sonstige angenehme Dinge. Manche hatten sich mit Nutzpflanzen versehen und noch andere ihre Mundvorräte in Botanischerbüchsen verpackt. Das war ein Begrüßen und Fragen, es bedurfte schon eines energischen Kommandos der Lehrer, um Ordnung und Ruhe in diese Masse zu bringen. Mit Gesang ging's durch die morgenstillen Straßen zur Stadt hinaus. „Ich hatt' einen Kameraden...“ schallte es zu den Häusern empor, aber mit dem unbestimmten Text des alten Volksliedes, ohne „Vöglein im Walde“. Die sangen schon so wie so, als wir hinaus kamen, und besonders der Knud lief recht eindringlich seinen eintönigen und doch so gern gehörten Ruf erklingen. Ich vergah nicht, bei seinen Rufen sofort in den Geldbeutel zu sehen: es war zum Glück Kammon darin, so daß ich, wenn der Volksmund recht hat, das ganze Jahr über Geld besitzen werde. Draußen, im Walde, löste sich der Zug in zwanglose Gruppen auf. Freunde suchten sich und gingen

zusammen oder die Mütter schlenderten mit ihren Kindern abwärts dahin. Nach längerem Marsch wurde in einer Waldschänke halt gemacht. Auf den Pächter und seine gute Frau machte die durstige Gesellschaft eine stürmische Attacke. Mehr als zweihundert Hände streckten sich ihnen entgegen, mehr als zweihundert Augen heifchten und bitteten. Die vom Schicksal Bevorzugten zogen triumphierend mit ihrer Siegestrophäe ab, während die anderen noch weiter warten mußten. Zuletzt aber war doch alle Sehnsucht restlos gestillt und das Pächterpaar konnte sich lachend von der Anstrengung ausruhen. Dafür bekamen jetzt die Warenautomaten den Drang der Jugend zu verspüren und sie mußten Groschen schlucken, daß ihnen die Gedärme knackten. Bald hatten sie's „satt“ und verweigerten die weiteren Dienste. Schließlich war die Zeit des Picknicks auch vorbei, es hieß sammeln und dann ging's weiter — „immer tiefer in den Wald hinein“.

Hier wurden allerlei Spiele veranstaltet, an denen sich auch die Lehrer beteiligten. Die Mütter saßen derweil auf einem umgehauenen Baumstamm und verfolgten mit Interesse das Gebaren ihrer Kinder. Mit einmal aber kam Unruhe in die Schar und — Schwupps, wie ein Schwarm aufgeschreckter Spatzen stoben sie dahin. Eine Kompanie Soldaten hatte sie angezogen, die, müde und über und über bestaubt, aber singend vom Felddienst heimkehrte. Schon waren sie vorüber, nur ein Nachzügler folgte noch. Mit einem Male erwachten die Schüler aus ihrer starren Betrachtung. Einer hatte dem letzten Soldaten seine Schokolade gegeben, und nun trat ein förmlicher Wettstreit des Spendierens ein. Hundert Hände streckten sich hin und gaben Schokolade, Kakes und Pfefferminzplätzchen, die wohlhabenderen auch Geld. Um und um kehrten die Jungen ihre Taschen, jeder gab, was er hatte; aber sie gaben es gern und freudig. Der Soldat hatte sein Gewehr hingestellt, um alles in Empfang nehmen zu können. Dann eilte er lachend und dankend zu seinen Kameraden. Die Kinder kehrten mit stolzen Gesichtern an ihren Platz zurück und bald traten sie fröhlich singend den Heimweg an.

Schönheitschutz am Brandenburger Tor.

Kann das Niederreißen eines Hauses polizeilich untersagt werden? Um diese Frage handelte es sich bei einem Rechtsstreik, der am Dienstag das Oberverwaltungsgericht beschäftigte und das Haus Pariser Platz 1 zu Berlin betraf. Wie sich unsere Leser erinnern, wollte der Besitzer des Hauses an dessen Stelle einen Neubau für ein modernes Restaurant und Café errichten. Das Oberverwaltungsgericht hatte dann in Uebereinstimmung mit dem Berliner Bezirksausschuß die Versagung der Genehmigung zu dem Bauprojekt gebilligt, die der Polizeipräsident auf das Berliner Ortsstatut gegen die Verschönerung des Straßensbildes stützte.

Als jener Prozeß noch schwebte, hatte Sponholz dem Polizeipräsidenten gemäß § 36 der Berliner Baupolizeiordnung angezeigt, daß er das auf dem Grundstück stehende Gebäude schon jetzt abbrechen lassen wolle, da er die Absicht hätte, falls er beim Oberverwaltungsgericht durchdringe, sofort mit dem Neubau zu beginnen.

Der Polizeipräsident erließ darauf eine Verfügung an Sponholz, in der er aussprach, er verbiete den Abbruch des Hauses solange, bis ein Bauprojekt für den Neubau genehmigt sei. Durch die Fülle, die durch den Abbruch entsandte und deren Ausfüllung durch einen Neubau nicht im unmittelbaren Anschluß an den Abbruch erfolgen könne, würde an dieser Stelle eine große Vermisralung des Pariser Platzes und des Platzes am Brandenburger Tor entstehen, wie sie § 66 Titel 8 Teil I des Allgemeinen Preussischen Landrechts im Auge habe. Die Verbeiführung einer derartigen Veranstaltung werde er, der Polizeipräsident, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern müssen. Nach dem angezogenen Paragraphen des Allgemeinen Landrechts soll zum Schaden oder zur Unsicherheit des Gemeinwesens oder zur Vermisralung der Städte und öffentlichen Plätze kein Bau oder keine Veränderung vorgenommen werden.

Sponholz griff die Verbotsvorfügung durch die Klage an. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab, weil das Verbot im § 66 I 8 Allgemeinen Landrechts und im § 36 I 8 ebenda seine Rechtfertigung habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht kam auf die Berufung Sp.'s am Dienstag nach längerer Verhandlung und Beratung noch zu keinem Urteil. Die Entscheidung wurde ausgesetzt und wird nur durch schriftliche Zustellung an die Parteien verläudet werden.

Da die Berliner Baupolizeiordnung für den Abbruch von Häusern nur eine Anzeige vorschreibt, so hängt die Entscheidung davon ab, ob die Landrechtlichen Vorschriften das Verbot des Abbruchs rechtfertigen.

Das eingetrocknete Schwimmbassin.

Was! Gibt es so etwas auch? werden unsere Leser fragen. Ein eingetrocknetes Schwimmbassin in der jetzigen Sommerzeit sollte man kaum für möglich halten, in einer Zeit, wo die Menschen jede Gelegenheit benutzen, um sich zu erfrischen, zu kräftigen und zu reinigen. Und doch ist es wahr. Nicht in einer Kleinstadt, sondern in der Großstadt Berlin ist eine solche Sehenswürdigkeit zu finden.

Hoch oben im Norden der Stadt, in der Geriatsstraße, befindet sich eine städtische Badeanstalt. Diese Anstalt wird von der Bevölkerung gern und reichlich benutzt, und das dort vorhandene Schwimmbassin wurde besonders bevorzugt. Dieses Schwimmbassin ist aber seit Monaten der Benutzung entzogen: es ist geschlossen. Man denke: Ein schönes, großes Schwimmbassin der badebedürftigen Bevölkerung entzogen. Wir verfügen in Berlin und besonders im Norden mit seiner starken Arbeiterbevölkerung ohnehin nicht über Lebenslust an Badeanstalten. Und nun ist eine schöne Badegelegenheit verwehrt. Das Schwimmbassin verschließt den Besuchern hartnäckig die Pforten. Seit Monaten will das Schwimmbassin sich nicht öffnen. Alles fragt: Was ist denn los? Eine befriedigende Antwort ist nicht zu erhalten. Selbst die Haus- und Grundbesitzervereine petitionieren um Öffnung des Schwimmbassins, die Antwort ist eine unbefriedigende. Ein Nachhimmedelfest soll die Inbetriebsetzung des Schwimmbassins hindern. Das kann vielleicht vorübergehend die Schließung des Bassins rechtfertigen, aber doch nicht monatelang noch dazu in heißer Sommerzeit. Die Maschine soll sich auswärts in Reparatur befinden und soll nicht geliefert werden. Hätte denn da nicht schon längst Dampf dahinter gemacht werden können, um die berechtigten Wünsche zu erfüllen. Man kann und muß in der Kriegszeit manches überleben, was man sonst nicht unbedenken hinnehmen würde; aber der Hygiene breiter Bevölkerungsschichten sollte unter allen Umständen Rechnung getragen und die Wiedereröffnung des Schwimmbassins in der städtischen Badeanstalt in der Geriatsstraße beschleunigt werden.

Herstellung von Weizenbrot.

Der Magistrat macht bekannt, daß gemäß der Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 15. März 1915 in Verlängerung der bereits bis zum 1. Juli geltenden Erlaubnis gestattet ist, daß bei der Bereitung von Weizenbrot Weizenmehl in einer Mischung verwendet wird, die weniger als 30 Gewichtsteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichts enthält, daß ferner bei der Bereitung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Proz. durch Weizenmehl ersetzt wird, und daß die Mühlen Weizenmehl abgeben, das mit weniger als 30 Proz. Roggenmehl gemischt ist. Diese Erlaubnis gilt einstweilen bis zum 1. September 1915.

Die staatliche Abnahmestelle freiwilliger Gaben Nr. 1, Berlin N 4, Invalidenstr. 42 (Landwirtschaftliche Hochschule), geöffnet werktäglich von 8-6 Uhr, hat die Feldlazarette in Galizien mit Liebesgaben zu verlongen. Bei dem großen Bedarf bittet sie dringend um freundliche Ueberweisung von erfrischenden Getränken, Warmeladen, Konerven, Dauerwurstwaren, Zigarren, Tabak, Seife, Insektenpulver usw.

Der Brand in der Corpus-Christi-Kirche

In der Thorner Straße beschäftigte die Feuerwehr am vorgestrigen Abend noch bis gegen 9 Uhr. Zwischen dem Schieferdach und der Holzoberdeckung des Innenraumes schwebte das Feuer immer weiter fort und schlug bald hier, bald da durch, so daß Brandinspektor Julius bis gegen 7 Uhr abends aus zwei Motorpumpen Wasser geben ließ, um das verderbende Element einzudämmen. Nachdem die letzten Flammen erlosch waren, ging die Wehr an eine Unteruchung des Dachstuhl, wobei es sich zeigte, daß Einsturzgefahr der gesamten noch an den Eisenbalken hängenden Holz- und Schieferreste bestand. Auf den Eisenbalken rutschend, gingen deshalb die Feuerwehrleute mit möglicher Vorsicht an die Aufräumungsarbeiten heran. Die verkokelten Holzballen und die äußere Bedachung wurde mit Weilen und Epigebaden gelöst und in das Innere der Kirche hintergeworfen. Selbst die starken Eisen-Träger, die das Dach gestützt hatten, haben sich durch die gewaltige Hitze verzogen, und an einigen Stellen zeigt das Mauerwerk am oberen Teil der Kirche Risse. Noch am Montagabend erschienen auf der Brandstätte Beamte der Berliner Kriminalpolizei, um zusammen mit den Feuerwehroffizieren eine Unteruchung darüber vorzunehmen, ob hier Brandstiftung oder Selbstentzündung des Alars vorliegt. Bei dieser Unteruchung ergab sich, daß in der Nähe des Alars weder Gasrohre noch elektrische Leitungen verlegt sind, die durch Kurzschluß das Feuer hätten hervorgerufen können. Die zur Beleuchtung des großen Arouleuchters und der Seitenlampen dienenden elektrischen Zuleitungen waren vielmehr, entsprechend den Bestimmungen der Baupolizei, innerhalb des Mauerwerks in Röhren verlegt. Der Schaden, den die Gemeinde durch den Brand erleidet, beträgt nach vorläufiger Schätzung etwa 100 000 M., die zum Teil durch Versicherung gedeckt sind. Der große, etwa 300 Jahre alte Barockaltar, der aus einem alten schlesischen Gotteshaus erworben wurde, und der zum Teil ganz eigenartige Schnitzereien zeigt, war nur mit 10 000 M. versichert. Ferner fielen dem Brande sechs Delgemälde des Leidenweges Christi zum Opfer, die ebenfalls einen Wert von etwa 10 000 M. darstellen.

Muzugstermine beim Wohnungswechsel.

Der Polizeipräsident hat die beim nächsten Vierteljahrswohnungswechsel innezuhaltenden Fristen für den Stadtbezirk Berlin wie folgt festgelegt: Es sind zu räumen: 1. kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 3. Juli abends; 2. mittlere, aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 6. Juli abends; 3. große, mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 10. Juli abends. Die Inhaber der aus ein, zwei oder drei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am 1. Juli vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Bestrafung der Sparfaulheit.

Bezugnehmend auf die unter obiger Ueberschrift vor einigen Wochen gedruckte Notiz, über die Nachzahlung für zu geringen Gasverbrauch bei Gasautomaten, erhalten wir von einer Leserin eine Zuschrift, worin ähnliche Klagen gegen die Berliner Elektrizitäts-Werke erhoben werden. In der Zuschrift heißt es: „Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß auch die Berliner Elektrizitäts-Werke ebenso verfahren. Sie verlangen von dem Abnehmer einen Pauschalbetrag von 30 M. für das Jahr, der einem Verbrauch von 100 Kilowattstunden entspricht. In diesen Tagen habe ich nun festgestellt, daß ich während des letzten Jahres nur 1/3 der zu bezahlenden Mindestmenge verbraucht habe, und zwar einzig und allein nur deswegen, weil mein Mann seit Beginn des Krieges im Felde steht. Auf meine Anfrage bei den Berliner Elektrizitäts-Werken, ob nicht in diesem unvorhergesehenen Fall von der betreffenden Bestimmung abgesehen würde, ist mir erwidert worden, daß eine Ausnahme nicht gemacht wird, daß die Werke aber bereit sind, mir den Zähler während der Dauer des Krieges zu entfernen.“

Natürlich kann ich auf dieses „wohlgemeinte“ Anerbieten nicht eingehen, denn meine Lampen sind nur für elektrisches Licht eingerichtet und die Gasbeleuchtung würde demnach sehr große Kosten verursachen. Es bleibt also dabei, daß ich den B. E. W. in diesem Jahre neben dem Betrag für verbrauchte Elektrizität noch für die von mir erpante Elektrizität 12 M. werde zahlen oder richtiger — sänken — müssen. Es ist interessant, daß die Gesellschaft in die Bedingungen eine Bestimmung hineingebracht hat, die sie selbst von der Verpflichtung zur Stromlieferung entbindet, falls sie durch Krieg oder überhaupt Umstände, welche sie nicht zu verhindern vermag, an der Erzeugung und Fortleitung von Elektrizität verhindert sein sollte; auch eine Entschädigung kann in diesem Falle der Abnehmer nicht beanspruchen. — Also im Kriege bin ich gezwungen, die vorgefertigte Strommenge abzunehmen, aber die Gesellschaft ist nicht gezwungen, sie zu liefern! Dadurch, daß die B. E. W. auf einer Innehaltung dieses unverschämten Vertrages bestehen, vergrößert sie sicherlich die Not nicht weniger Kriegserfrauen.

Aufgabe der Stadt Berlin als Eigentümerin der B. E. W. wird es später sein müssen, die hier geschädigten Parteien in den Bezugsbedingungen zu vermeiden.

Eröffnung eines Erholungsheims für erblindete Krieger in Binz auf Rügen.

Der Reichsdeutsche Blindenverband eröffnete am 5. Juni in der Villa Concordia zu Binz auf Rügen im Weisen militärischer und Regierungsbehörden ein Erholungsheim für erblindete Krieger. Das Heim soll dem Zwecke dienen, den Dienst der anderen berufenen Faktoren der Kriegs-Blindenfürsorge zu ergänzen und zu unterstützen. Es umfaßt außer verschiedenen Nebenräumen für Wirtschaftlich- und Aufenthaltszwecke 23 große lustige Zimmer, in denen insgesamt 42 Betten zur Verfügung stehen. Das Haus ist von großen Bäumen umgeben, auf denen auch bei gutem Wetter die Nachmittage eingenommen werden können. Unmittelbar hinter dem Hause steht eine große Gartenwiese, die wie das Haus selbst von hohem

sch weithin erstreckendem Wald umgrenzt wird, den Pflanzlingen zu ungeförtem Aufstehen im Freien zur Verfügung. Die Vorderseite des Hauses ist gegen den Strand gerichtet, den man in etwa fünfzig Schritten erreicht, und infolge seiner günstigen Beschaffenheit sich zu Spaziergängen für Blinde besonders gut eignet.

Jeder erblindete deutsche Soldat, ohne Unterschied der Konfession und der Wehrmatränge, kann in den vom Reichsdeutschen Blindenverband geschaffenen Erholungsheimen einen sechsmonatigen kostenlosen Erholungskursus genießen. Die Kosten der Hin- und Rückreise trägt ebenfalls der Verband, wie er auch für geeignete Begleitung für Hin- und Rückreise sorgt. Anfragen und Anmeldungen zur Aufnahme sind zu richten an die Geschäftsstelle der Kriegsblindenhilfe des Reichsdeutschen Blindenverbandes zu Händen Herrn Paul Reiner, Berlin N 118, Stolpische Straße 8.

Gütige Zuwendungen von Beiträgen sind freundlichst erbeten an das Bankkonto: Zentrale für das Blindenwesen, Deutsche Bank, Filiale Hamburg, Depositionskasse A.

Ein Spielernest wurde in der Horkstraße wieder ausgehoben. In dem Hause Nr. 14 hatte sich ein Rouletteklub aufgetan. Seine Räume hatte er sich besonders vorzüglich ausgesucht. Als Zugang diente eine Schankwirtschaft im Erdgeschoß des Hauses. Dort verammelten sich die Spieler im Laufe des Abends ganz unauffällig, und wenn dann der Wirt bei Eintritt der Polizeihunde schlief, so begaben sie sich über eine ziemlich versteckt liegende Treppe nach dem Obergeschoß in ihre eigenen Räume. Die Polizei erfuhr, daß der Rouletteklub besonders viele Frauen anzog, darunter nicht wenige, deren Männer im Felde stecken. Die Beamten trafen 30 Personen an. Man verhaftete die Kasse von 700 M. zu retten. Eine der Frauen war die Geheimtreppe hinunter geeilt. Hier wollte man das Geld in einem Behälter aus dem Fenster auf die Straße hinablassen. Die Polizei beschlagnahmte das Geld ebenso wie alle Spielwerkzeuge. Die Spieler und Spielerinnen mußten ohne Ausnahme den Weg zur Wache machen, wo sie festgesetzt wurden.

Wie eine Kriegerfrau ermittelt wurde.

In einer Räumungsklage gegen eine Kriegerfrau hat das Amtsgericht Berlin-Weidling die Beklagte zur Räumung verurteilt. Es handelt sich diesmal nicht um einen gewöhnlichen Mietvertrag, sondern um einen sogenannten Portiervertrag. Durch ihn wurde im Hause Bornemannstraße 8 der Portierposten mit einer Ehefrau besetzt und ihr als Entgelt eine Wohnung zugesichert. Den Vertrag schloß für den Hauseigentümer der Verwalter nicht mit dem Ehemann, sondern nur mit der Frau, allerdings unter schriftlich gegebener Einwilligung des Mannes. Der Vertragsschluß erfolgte im September 1914, also erst nach Kriegsausbruch. Als nun im April 1915 der Mann zum Heeresdienst einberufen wurde, blieb die Frau mit zwei kleinen Kindern zurück. Sie empfand es jetzt als drückend, daß sie laut Vertrag die für ihre Portierarbeiten nötigen Reinigungsmaterialien größtenteils selber bezahlen mußte. Mit einer bei dem Hauseigentümer persönlich vorgebrachten Bitte, ihr wegen der Einberufung des Mannes diese Ausgabe abzunehmen, hatte sie keinen Erfolg. Wichtig ist, daß der Eigentümer vertragsgemäß keine Verpflichtung hatte, jetzt mit Rücksicht auf die Feuerungszeit ein Opfer zu bringen und in die eigene Tasche zu greifen. Aber auch das ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die Kosten der Reinigungsmaterialien für ihn sehr viel weniger schwer gewogen hätten, als für seine Portierfrau. Die Frau beschloß, die ihr übertragene Arbeiten so lange nicht auszuführen, bis der Hauswirt die Materialkosten übernehmen würde. Das war freilich unklug und sehr gewagt, denn für den Fall einer Arbeitsverweigerung war sofortige Aufhebung des ohnehin nur von Monat zu Monat zu erneuernden Vertrages ausgemacht, womit die Frau in kürzester Frist auch wohnungslos werden mußte. Dem Verwalter teilte sie mit, sie werde die Portierarbeiten nur noch machen, wenn man ihr die Materialien liefern wolle. Eine Räumungsklage, die der Verwalter sogleich am folgenden Tage einreichte, blieb zunächst ergebnislos. Auch vor Gericht erklärte die Frau, daß sie weiterarbeiten bereit sei, wenn man ihr bei der Deckung der Materialkosten das gewünschte Entgegenkommen erweisen werde. Der Richter meinte, daß sie von der Unterfertigung, die sie als Kriegerfrau für sich und ihre Kinder erhielt, wohl selber die Materialien bezahlen könne. Die Frau entschloß sich dann, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber schon nach wenigen Tagen kam es, als sie an ihrer Forderung unentgeltlicher Materiallieferung festhielt, zu neuen Mißhelligkeiten. Sie legte nur die Treppen usw., wachte aber nicht auf, weil dazu Scheuertücher gebraucht wurden. Auch daß sie das Glas nicht anzündete, rügte der Verwalter. Er reichte schließlich eine neue Räumungsklage ein, und nun erkannte der Richter nach dem Klageantrag gegen die Frau auf Räumung. Wegen das Urteil unternahm die Beklagte nichts, bis eines Tages bei ihr ein Gerichtsvollzieher erschien und sie aufforderte, die Wohnung zu räumen. Sie lehnte das ab und ließ davon, um sich Rat zu holen, was sie da tun könne. Als sie heimkehrte, hatte der Gerichtsvollzieher mit Hilfe eines Schlossers sich Zutritt zu der von ihr verriegelten Wohnung erzwingen und die Wirtschaftseinrichtung größtenteils schon herauschaffen lassen. Im Hause gab's eine nicht geringe Erregung über diese Ermittlung, aber der Gerichtsvollzieher waltete seines Amtes, bis das letzte Stück auf dem Hofe stand. Die Ausräumung vollzog sich nicht ohne schmerzlichen Schaden an Möbeln und Beschirren. Auf dem Hof kampierte dann die Frau mit ihren Kindern bis zum Abend, hier nahm sie auch mit ihnen inmitten ihrer Habe den Kaffee und das Abendbrot ein. Schließlich schafften hilfsbereite Hausbewohner die Wirtschaft in leerstehende Räume des Erdgeschoßes und die obdachlos gewordenen Kriegerfrau erhielt mit ihren Kindern einstweilen Unterkunft bei einer in demselben Hause wohnenden Familie, bis sie anderwärts eine neue Wohnung fand.

Ein folgenschwerer Betriebsunfall ereignete sich am gestrigen Tage vormittags in der Brauerei Pagenhoffer, Abteilung I. Bei der Abfuhr eines Hefetransportfasses wurde der Fahrer Ribbe durch vorzeitiges Anziehen des Gespannes so unglücklich überfahren, daß er den Verlust eines Beines zu beklagen hat.

Subventionierung einer Studentin.

„Die Frauen haben auch eine Seele!“ So lautete vor 1000 Jahren auf dem Konzil von Treves ein einhelliger Beschluß. Dieser wurden die von einer städtischen Stipendienkommission gemeinsam mit dem Universitätsdirektor vergebenen Gaben nur an Studenten bewilligt. Unser Kuratoriumsmitglied regte die prinzipielle Entscheidung auch für die Frauen an. Sowohl der Herr Rektor wie der nachprüfende städtische Syndikus stimmten zu. Und so konnte am 21. Juni zum erstenmal eine begabte und bedürftige Studentin die städtische Hilfe empfangen. Bei der großen Anzahl studierender Frauen ist dieser Beschluß mit Freuden zu begrüßen.

Aus dem genannten Fonds werden halbjährlich Unterstufungen im Betrage von je 180 M. für ein Semester an würdige und bedürftige Studierende der Universität zunächst auf ein Semester und an den einmal Unterstufen auch im nächsten und den folgenden Semestern bis zur Vollendung des achten (bzw. zehnten medizinischen) Semesters vergeben.

Singen im Wald verboten. Unter dieser Überschrift teilten wir in Nr. 165 des „Vorwärts“ mit, daß im Plänterwald, namentlich auf der herrlichen Wald- und Wasserpromenade das Singen verboten sei. Wir nahmen in der Notiz Bezug auf eine Auslassung des „Treptower Anzeigers“ hierzu. Wie uns nunmehr von einigen dort amtierenden Parkwächtern mitgeteilt wird, besteht ein Verbot des Singens nicht, und es würden auch harmlose, dem Charakter und der Stimmung des Waldes angemessene Gesänge nicht unterlag.

Die unbekannte Leiche eines Erhängten wurde am 20. d. M., nachmittags im Walde hinter dem Schloßbezirk Tegeel gefunden. Der nach der Leichenhalle in Pflanzengasse gebrachte Tote ist zirka 30 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat dunkles Haar, rötlichen Schnurrbart, graue Augen und ist bekleidet mit braunem Jacketanzug, braunem weichen Plüschhut, weißem Stehkragen, blauweiß gestreiftem Selbstbinder, weißblau gestreiftem Oberhemd und schwarzen Schnürschuhen. Sein Taschentuch ist gezeichnet K. Erkennen des Toten wollten sich bei der Tegeeler Polizei melden.

Aus den Gemeinden.

100-Gramm-Semmeln in Charlottenburg.

Die Väterkinnung in Charlottenburg hatte beim Magistrat beantragt, das Einheitsgewicht für Weizenbrot von 60 Gramm auf 100 oder 150 Gramm herauszusetzen. Der Magistrat hat diesem Wunsch im Einverständnis mit den anderen Groß-Berliner Gemeinden nicht entsprechen können. Dagegen ist es den Vätern gestattet, zwei 50-Gramm-Semmeln zusammenhängend zu backen; nur muß die Semmel so deutliche Abschnitte aufweisen, daß sie leicht geteilt werden kann.

Eingziehung einer Reutländer Feuerwache. Der Magistrat erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß in Anbetracht der durch Eingziehung zum Heere eingetretenen Herabminderung des Feuerwehrcorps auf 28 Köpfe die Feuerwache II in der Smiter Straße bis zur Rückkehr der Stammmannschaften eingezogen wird und die in der Feuerwache II befindlichen Mannschaften zur Verstärkung der Hauptfeuerwache verwendet werden.

Berichtszeitung.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung

hatten sich gestern zwei Fußwerklenker vor dem Strafrichter zu verantworten. In dem ersten Falle war der Vätermeister M. aus Weihensee angeklagt. Am 28. November v. J. spielte sich an der Ecke der Ribauer und Rivaler Straße eine aufregende Szene ab. Eine Frau Marie Müller war gerade im Begriff, die Straßenkreuzung zu überschreiten, als der Angeklagte mit seinem Wagen in übermäßig schnellem Tempo um die Ecke bog, und zwar fuhr er nicht, wie vorgeschrieben, den linken großen Bogen, sondern scharf undbiegend um die Ecke herum. Dies hatte zur Folge, daß die Frau M. nicht mehr beiseite springen konnte; sie wurde ungerissen und überfahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß sie bald verstarb. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß ihn keine Schuld an dem Unglücksfall treffe, die Verlesete sei direkt in seinen Wagen hineingelaufen. Das Gericht kam jedoch auf Grund der Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß eine große Fahrlässigkeit des Angeklagten vorlag und verurteilte ihn deshalb zu 2 Monaten Gefängnis. — Ein anderer durch eine Kraftdrose herbeigeführter tödlicher Straßenunfall beschäftigte zu der gleichen Zeit die Strafkammer des Landgerichts II. Hier war der Kraftdroseführer B. angeklagt. Der Angeklagte war im Dezember v. J. mit seiner Kraftdrose die Bergmannstraße entlanggefahren, und zwar in ziemlich schnellem Tempo. An dem Kreuzungspunkt der Jöfener Straße wurde seine Aufmerksamkeit durch irgendeinen Umstand abgelenkt, so daß er erst im letzten Augenblick die den Strahendammpassierende Frau Ida Klemming bemerkte. Frau K. wurde zu Boden geworfen und vor der Drose, wie die Zeugen bezeugten, eine größere Strecke „herumgerollt“. Die Verlesete verstarb bald nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus. — Da es sich um eine recht erhebliche Fahrlässigkeit handelte, erkannte die Strafkammer gegen B. auf 4 Monate Gefängnis.

Auf sehr abschüssiger Bahn befindet sich der aus einer anständigen Familie stammende Beschäftigungslose Franz Kriese, ein jetzt fast 50-jähriger Mensch, der gestern unter der Anklage des schweren Diebstahls vor der Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte ist schon früh schlechte Wege gegangen und wurde zweimal mit Gefängnis bestraft. Seine Angehörigen atmeten ordentlich auf, als er zu den Soldaten genommen wurde, denn man hoffte von der militärischen Zucht einen heilsamen Einfluß auf den leichtsinnigen Menschen. Diese Hoffnung wurde aber nicht erfüllt, denn der Angeklagte wurde während seiner militärischen Dienstzeit zweimal wegen Diebstahls zu recht erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Als er vom Militär wieder losgelassen war, wohnte er längere Zeit bei seiner Schwester, die ihm aus Mitleid Unterkunft gewährte. Dann verließ er von der Bildfläche und hat sich, wie er behauptete, in Belgien als Arbeiter durchgeschlagen. Bei Ausbruch des Krieges will er wieder nach Deutschland gekommen sein. Als seine Schwester eines Tages von einem Ausgange zurückkehrte, mußte sie die unangenehme Entdeckung machen, daß inzwischen Diebe ihre Wohnung heimgesucht und einen ganzen Stand Betten mitgenommen hatten. Der Verdacht lenkte sich zunächst gar nicht auf den Bruder, dieser meldete sich aber nach kurzer Zeit selbst als der Dieb. Er schickte seiner Schwester die Photographie eines jungen Mädchens mit dem Bemerkung, daß dies seine „Frau“ sei; da er mit dieser zusammenlebe und der nötigen Betten bedürfte, habe er sich solche im abgekürzten Verfahren durch einen vorher nicht angemeldeten Besuch in der Wohnung der Schwester beschafft, wolle aber später „alles gut machen“. Den Unverbeßlichen erteilte bald darauf sein Schicksal. Er wurde dabei abgefaßt, als er eines Abends in Gemeinschaft mit einem vorbestraften Arbeiter August Roslein in frecher Weise eine Scheunenscheibe zerbrach, mehrere Schuhe und Stiefel entwendete und mit dem Raube davonziehe wollte. — Der Gerichtshof verurteilte den von Stufe zu Stufe Sinkenden nun nicht mehr vor dem Zuchthaus zu behalten; er verurteilte Kriese zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, den mitangeklagten Roslein zu 1 Jahr Gefängnis.

Wegen Wahlfälschung ist von der Strafkammer in Reichenburg am 7. Mai der Vetter Ludwig Willamowski zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Er war bereits 27 Jahre Gemeindevorsteher in seinem Wohnorte und hatte den Wunsch, bei der neuen Wahl im Frühjahr 1913 wiedergewählt zu werden. Er lud nun die Gemeindevorsteher durch ein in Umlauf gesetztes Schriftstück zum Wählertermin zusammen und setzte in dieses Schriftstück auch die Namen zweier Gemeindevorsteher, die nicht auf geschwägigen Wegen zu Gemeindevorstern gewählt worden waren. Der Angeklagte hatte diesen beiden sagen lassen, sie sollten fortan Gemeindevorsteher sein. Diese glaubten nun, sie seien wahlberechtigt, erschienen zur Wahl und gaben ihre Stimme für den Angeklagten ab, der mit 7 von 8 Stimmen gewählt wurde. Der Angeklagte wäre zwar ohne diese beiden Stimmen wiedergewählt worden, aber er war doch zu bestrafen, weil er ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeigeführt hatte. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag. Größtenteils trocken und heiter, in den Tagesstunden warm; im Süden und Osten strichweise Gewitter.

Aus aller Welt.

Sittlichkeitsfanatiker.

In der ersten Zeit, in der wir leben, gibt es immer noch Leute, die Zeit haben, ihre Blinde auf Dinge zu richten, die obgleich sie sich erst seit kurzer Zeit eingebürgert haben, sich doch bereits das Heimatrecht erworben. In Gevelsberg (Weisfalen) haben, wie wir der „Eiderfelder Freien Presse“ entnehmen, nicht weniger als 17 Vereine, katholische und evangelische sowie auch eine Baptisten-Gemeinde, eine gebarnichte Eingabe an das dortige Stadtverordnetenkollegium gerichtet, in der verlangt wird, daß das gemeinsame Baden der beiden Geschlechter in dem Strandbade verboten werden soll. Diese Eingabe, die nach der Ansicht der Antragsteller eine Nachahmung berufstätiger Seebäder sein soll, habe einen sittlichen Verfall der Bevölkerung herbeigeführt, ja selbst die Familienbäder sollen eine Unsitte und einen Rückschritt für das Volk bedeuten. Das Bad sei ein Mittel, die Schamhaftigkeit abzustumpfen, und es vernichte die Reinheit des Empfindens.

Glücklicherweise steht die Mehrheit der Gevelsberger Stadtväter auf einem anderen Standpunkte, und so widersprach der Eingabe der Sittlichkeitsapostel die einzig richtige Behandlung; sie wurde abgelehnt. Der Bürgermeister selbst betonte, daß er der Eingabe näher getreten wäre, wenn auch nur der Schalten eines Beweises für die angebliche Entfittlichung des Volkes und der Gevelsberger Bürgerschaft erbracht worden wäre. Die Entfittler der Eingabe hätten aber die Tatsachen nicht mehr mit unbefangenen Augen angesehen und ein auf Unkenntnis beruhendes Urteil gefällt.

Die Cholera in Oesterreich.

Nach amtlichen Mitteilungen sind in den letzten Tagen 41 Erkrankungen an asiatischer Cholera festgestellt worden, sie verteilen sich auf Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien. Die Tatsache, daß die Hälfte der Fälle auf den von russischen Truppen heimgeführten Teil Galiziens entfällt, deutet darauf hin, in welchem Umfang wiederum die Cholera unter den russischen Truppen verbreitet ist. Barischer Blätter teilten schon kürzlich sehr hohe Zahlen von Neuerkrankungen unter den Truppen um Warschau mit. Eine Ausbreitung der Seuche ist ebensovienig in Deutschland wie in Oesterreich zu befürchten, da die getroffenen sanitären Maßnahmen eine Übertragung der Ansteckung nahezu unmöglich machen.

Großfeuer in Le Havre. Am Montagnachmittag brach in den Lagerhäusern von Le Havre ein Brand aus. Zwei Gebäude mit 12700 Baumwollballen wurden zerstört. Der Schaden übersteigt eine Million Frank.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Jugendsektion trifft sich am Donnerstagabend um 8 Uhr am Lützenplatz (an der Ecke).

Reutlingen. Die Verammlung der Jugendsektion findet heute abend 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Judstr. 55/56, statt.

Tempelhof-Wariendorf. Jugendsektion. Heute Mittwoch findet ein gemeinsamer Spaziergang statt. Treffpunkt 1/9 Uhr Kanalbrücke; für Nachzügler bis 10 Uhr „Wanke Hölle“. Gäste sind willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Reutlingen. Die geplante Gedächtnisfeier für den Genossen Hellmuth Schöenhanf findet nicht statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wariendorf. Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathausbüchsenhalle, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abendsr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

100. J. 23. Blattschuldlage, dienstfähig. — R. G. 83. Das Zeichnen kennen wir nicht. — R. G. 100. Einlage Darmstadt, Landhumpflichtig. — G. S. 70. Landsturm ohne Waffe, Arbeitslohn; Bertrag. — G. S. 33. Ihr Mann gehört zum Immobilien Truppenteil. — G. S. 88. Sie sind nicht medienfähig. Augenleiden; dienstuntauglich. Daß Sie noch zum Garnisondienst eingezogen werden, ist nicht unwahrscheinlich. — G. S. 84. Wegen Herabsetzung der Gehaltsrate Landsturm ohne Waffe; Arbeitslohn. — J. S. 2. Nach Ihrem Schreiben hat sich der Unfall im Banne des Betriebes ereignet. Sie haben demnach Anspruch auf Rente. — R. G. 50. Das Spargeld von 600 M. kann ruhig abgegeben werden. Die Unterfertigung darf deshalb nicht in Wegfall kommen. Auch Mietunterstützung kann beantragt werden. — C. S. 1870. Landsturm ohne Waffe; Arbeitslohn. — J. S. 25. Da die Ausmusterung auch durch das Obererbsgesetz erfolgt ist, haben Sie wenig Aussicht auf Rückmusterung. — R. S. 49. Vermerk, Landhumpflichtig, dienstfähig. — G. S. 100. Dienstuntauglich, Verklärung, Bekräftigung oder Steifheit von Gliedmaßen, oder falsche Behauptung. — R. S. 50. Wenn der Wohnort in eine andere Gemeinde verlegt wird, kommt die kommunale Unterstützung in Wegfall. — J. S. 100. Der Wunsch des Reichstages auf Freifahrt der Umlauber ist durch Verordnung noch nicht in Erfüllung gegangen. — R. S. 1905. Eine Rückmusterung kann noch erfolgen. — Georg 20. Die Ration wird verlangt. Eine Befreiung davon gibt es auch in Ihrem Falle nicht. Urlaub würde in diesem Falle, da die Garnison nicht weit von hier ist, genützt werden. — R. 113. Allgemeine Körperbeschwerden, Landsturm ohne Waffe, Arbeitslohn. — W. S. 3. Wenn Sie arbeiten, müssen Sie Steuer bezahlen. Während der Zeit, in der Sie beim Militär stehen, haben Sie keine Verpflichtung dazu.

Amlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbällen. (Töne Verbindlichkeits.) Dienstag, den 22. Juni 1915. Preis: Rindfleisch, per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 105-120, da. Ia 92-105, da. IIIa 85-92; Bullenfleisch Ia 100-110, da. Ia 89-100; Stöße, fett 85-100, da. mager 78-85, da. dünnste 85-95; Pfeffer 90-100, Pfeffer, dünnste, 80-95; Zuckern Ia 120-135, da. Ia 110-120; Röhler ger. gen. 78-85, da. dün. 78-128, da. holl. 00-00. Dammelfleisch; Waffmarmor 125-130; Hammel Ia 115-124, da. Ia 105-114; Schafe 105-118; Schweinefleisch, Schweine, fette 00-00, sonstige 145-168, dün. Sauen 00-00, dünn. Schweine 140-145, da. lammbische 140-145, da. holländische 00-00. Gemälte, inländische; Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kastoronen 0,00; Magnam bonum 0,00; Voltmann 0,00; Barre, Schod 0,70-1,00; Sellerie, Schod 3,00-6,00; Spinat 50 kg 10,00-20,00; Mohrrüben, 50 kg 0,00-0,00; Meerrettich, Schod 4,00-10,00; Petersilienwurzel, Schodbund 4,00-6,00; Radischeen, Schodbund 1,50-2,00; Gurken, Gorgalter, 100 Stk. 0,00; Agabarder, Hamburger, 100 Bund 3,00 bis 3,50, da. Pfeffer 100 Bund 1,50-2,00. Schargel, Seelker I 1/2 kg 0,60 bis 0,70, da. Seelker II 1/2 kg 0,40-0,50, da. Seelker III 1/2 kg 0,20-0,25, da. unsortiert 1/2 kg 0,20-0,40, da. Wäckerle I 1/2 kg 0,40-0,50, da. II 1/2 kg 0,15-0,25, da. III 1/2 kg 0,03-0,12. Salat, Schod 1,50-3,00. Reifische, bayerische, 100 Stk 8,00-12,00. Rohrabt, Schod 1,50-2,50. Schoten, biefge, 50 kg 25,00-38,00. Mohrrüben, Schodbund 2,50-3,50. Obst und Gebäck: Äpfel, Biederische, 50 kg 18,00-22,00, da. schlesische, 50 kg 14,00-16,00. Kefel, Amerikaner, Röhre 25-30. Erdbeeren, unweife, 50 kg 20-22. Johannisbeeren 50 kg 30-32. Erdbeeren 50 kg 25-70, da. Wähler 50 kg 00 bis 00, da. Seelker 00-0,00, da. holl. 50 kg 40-50. Zitronen; Pelina 300 Stk 16-25, da. 390 Stk 22-28, da. 150 Stk 12-14, da. 50 kg 12-15, da. 160-200 Stk 18-19.